

Nicht ganz unerwartet, für alle einsichtig wurden die herzensguten, allseits beliebten

EINBLICKE

Antifaschistisches Faltblatt

nach 4 schweren Ausgaben zu den Akten gelegt.

in Liebe verbleibt die
Ex- Redaktion

Wir freuen uns, das Erscheinen einer anderen Zeitung bekanntgeben zu können; ein Name, ein Format: das NEUE

NESTBESCHMUTZ

~~einblickte~~ (tschuldigung) erblickte im September das Licht dieser verkackten und verpißten Welt. Wir,

EINBLICKE + NESTBESCHMUTZ

wünschen viel Glück dabei - und schmutzige Einblicke ins Nest.

Eine "neue" Zeitung ist da!
Die zwei eigenwilligen Blätter,
die EINBLICKE, von denen es bisher 4 Ausgaben gab, die ihren Schwerpunkt auf die inhaltliche Diskussion antifaschistischer Arbeit gelegt hatten und bisher in hoher Auflage kostenlos stadtweit verteilt worden sind,
und das NESTBESCHMUTZ, das bisher in 7 Ausgaben erschien und über Aktivitäten und Strukturen von Faschisten in Südniedersachsen und über antifaschistische Aktionen im allgemeinen berichtete und für 50 Pfennig verkauft wurde,
sind endlich auf vielfachen Wunsch übereingekommen, die beiden Zeitungen zusammenzulegen.
Die RedakteurInnen hatten für diese Vorgehensweise viele, gute Gründe..., denn eine Zeitung ist immer besser zu finanzieren als zwei.
Das "neue" NESTBESCHMUTZ wird ab jetzt von den zwei (alten) Redaktionen gemeinsam getragen.
Wir haben uns geeinigt, die Zeitung kostenlos zu verteilen, weil eine breite Gegenöffentlichkeit zum hiesigen Monopol-Käseblatt GT - dessen Lügen nicht geringer geworden sind - einfach notwendig ist.
Deshalb sind wir dringend auf Spenden angewiesen.
Zusätzlich haben wir uns überlegt, Förderabos für Menschen einzurichten, die neben ihrem Interesse an antifaschistischer Arbeit und an einer kontinuierlichen Zeitung auch noch genug Geld zur Unterstützung haben (wenn 1000 Menschen einen Monat im Jahr das GT nicht kaufen und uns die Kohle geben, ist die Finanzierung dieser Zeitung für weit mehr als ein Jahr gesichert. So einfach ist das...)
Wer also spenden oder ein Förderabo einrichten will, zahle das Geld aufs unten angegebene Konto ein (soviel er/sie will) und dann ein Brief an:
Nestbeschmutz
c/o Roter Buchladen
Rote Str.
3400 Göttingen
und die Zeitung wird immer pünktlich im Briefkasten sein....
So, der Sekt ist alle, die Geburtstagsfeier für die neue Zeitung geht zuende und wir kommen zum ernsthaften Teil dieser Ausgabe.

KÄLTE, KALKÜL UND KONTAINER! AUSLÄNDERPOLITIK DER BRD

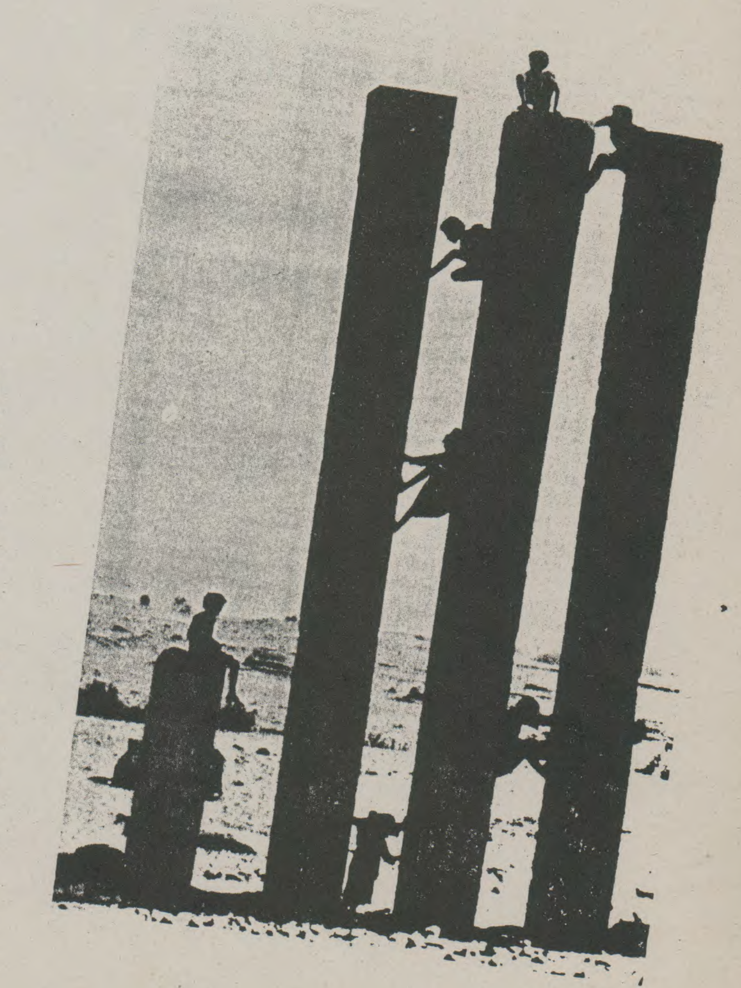
Guten Morgen!

Kurze Einleitung zum langen Text

Wer aufmerksam Tageszeitung liest wird mit Schlagzeilen wie "Rechtsextreme greifen Asylantenheim an","Stopp der Asylantenflut", "Lafontaine fordert, Scheinflüchtlingen die Grenzen zu zeigen" und "BGS kontrolliert in Lagos" und vieles mehr konfrontiert. In der herrschenden Presse ist das Thema "Ausländergesetzgebung"allemal.
Und jetzt schreiben wir auch noch darüber.
Die rassistische und sexistische "Ausländergesetzgebung" bedarf unserer Meinung nach einer viel hintergründigeren und langfristigeren Auseinandersetzung als das die bekannten Medien fabrizieren. Nur wer Geschichte und Hintergründe versucht zu verstehen, wird sich von der kalkulierten Angstmache der Lügenpresse nicht beeinflußen lassen und nicht immer nur Schuld und Macht anderen, "fremden Mächten", geben. Wie sehr wir selbst rassistische und sexistische Verhaltensweisen innehaben, merken wir dadurch, daß wir unsere eigene Rolle selten so in Frage stellen, wie das notwendig wäre, um wirklich unserem Ideal von einem gleichberechtigten Lebenszusammenhang näher zu kommen, in dem reale Unterschiede zwischen Geschlechtern, Hautfarben, kulturellen Herkünften, körperlichen und seelischen Zuständen, eben ohne Hierachien gelebt werden können.
Das würde heißen, egal für wie aufgeklärt und links wir uns befinden, unsere Rolle und Position in diesem System müssen wir immer wieder genau benennen. Sind wir "deutsch", männlich und weiß zum Beispiel, haben wir Kohle und Job, FreundInnen und Zusammenhänge? All das zu hinterfragen muß unseren Umgang mit "Nichtdeutschen" bestimmen.

Das <u>in</u> diesem allumfassendem System der Unterdrückung und Selbstunterdrückung eine wirklich solidarische Gemeinschaft möglich ist, ist schwer zu glauben. Deshalb kann der Versuch, unsere Utopie zu verwirklichen, nicht mit sondern nur gegen dieses Gesellschaftsmodell der Herrschaft gelebt und aufrecht erhalten werden.
Die folgenden Texte haben verschiedene Schwerpunkte. Zuerst soll allgemeiner eingeordnet werden, wie Flüchtlinge produziert werden. Dann ist uns wichtig, daß wir nicht nur über "Nichtdeutsche" labern, deshalb das Interview. Und als besonderer Punkt die ansonsten völlig verschwiegenen spezifischen Frauenfluchtgründe.

Zuletzt sei gesagt, daß wir massive Probleme mit unserer Sprache hatten. Wir schreiben über "Vergewaltigung, produzierten Hunger und Tod, täglicher Überlebenskampf" und es klingt alles etwas abstrakt. Uns fehlt die Radikalität in der Sprache, um die Brutalität der weltweiten Mordmaschine gebührend zu erklären. Wir hoffen trotzdem, daß wir ein wenig Realität in Worte gefaßt haben, sodaß einem/einer wirklich nur was hochkommen kann, sowohl der Magen als auch die Wut.
Und noch solidarische Grüße an die diesmal zahlreichen Nicht-Redaktionsmenschen, ohne die diese Ausgabe vielleicht so inhaltlos wie das Göttinger Tageblatt geblieben wäre.





Am 26.4.90 wurde im Bundestag ein Gesetz zur Neuregelung des Ausländergesetzes eingebracht und verabschiedet. Nicht das erste in diesem Land. Warum eine besondere Gruppe von Menschen - "Ausländer", im folgenden ImmigrantInnen genannt - hier in der BRD (und überall in der sogenannten 1. und 2. Welt), so - "schlecht" - behandelt werden, warum für sie nicht einmal der Schein des "Alle Menschen sind gleich" gewahrt wird und sie deshalb unter Sondergesetzen leiden müssen, davon soll hier die Rede sein.

VON ANFANG AN: RASSISMUS UND SEXISMUS

Die Entwicklung des modernen Europas (und Japans und der USA) war immer gekoppelt mit Unterdrückung nach innen und außen. Von Marco Polos Gewürzkarawanen über die Ausplünderung Latein- und Mittelamerikas durch Spanier und Portugiesen (ohne die die Entwicklung Europas nie möglich gewesen wäre) bis zu den Handelsstützpunkten Hamburger und Bremer Privatkaufleute an den Küsten Afrikas, Lateinamerikas und der pazifischen Inseln: der Zweck dieser Unternehmungen war Profit, der auf unterschiedlichste Art und Weise realisiert wurde.
Eine drastische Veränderung vollzog sich, als die Menschen im Trikont gewaltsam - durch militärische oder ökonomische Operationen - unterworfen und Kolonien "gebildet" wurden (z.B. das deutsche Reich in Südwest- und Ostafrika, Togo, Kamerun, Samoa..). Die Menschen in den Kolonien wurden ausgebeutet, vergewaltigt, geschlagen - und Männer und Frauen auf unterschiedliche "Art". Männer wurden zu Zwangsarbeit, Frauen zu Hausdiensten gezwungen und dafür schon sehr früh durch die ganze Welt verschubt (AsiatInnen, AfrikanerInnen). Rohstoffe und Agrarprodukte wurden ihnen geraubt, andererseits mußten für "veredelte", importierte Waren weit überhöhte Preise gezahlt werden, nachdem der Geldverkehr zwangsweise eingeführt worden war. Damit das so funktionierte, wurden europäisch-christliche Herrschaftsstrukturen "eingeführt" und die alten Gesellschaftszusammenhänge zerschlagen oder funktionalisiert:
Männer sollten Lohnarbeiter werden, Frauen unbezahlt in Heim und Hof arbeiten. Der Geldverkehr sollte in die Hände der Männer gelegt werden. Eine Arbeitsteilung, die den Frauen um so mehr Verantwortung für die Ernährung aufdrückt, je ärmer die Familie ist. Dabei wird die gesellschaftliche Stellung der Frauen wegen der "Unsichtbarkeit" ihrer Arbeit rapide schlechter. Den Frauen wurde ihr Wissen enteignet, an dessen Stelle "wissenschaftliche Erkenntnisse" traten. Das gesamte Wissen über Ackerbau, von dem jahrhundertelang gelebt wurde, ging so verloren mit der Zeit, ebenso wie das Wissen über Verhütung, das eine den jeweiligen Verhältnissen entsprechende Bevölkerungszahl garantiert hatte. Stattdessen kamen männliche, weiße Technokraten, die für Hungersnöte, Abholzung, Versandung, Wassermangel.. verantwortlich sind. Sie sorgten dafür, daß christliche Herrschaftsideologie, repressive Sexualmoral, Verbot oder männliche Kontrolle von Verhütung "eingeführt" wurden. Die Enteignung des Wissens der Frauen über Verhütung, kombiniert mit europäischer Moral, ist z.B. ein Grund dafür, was die weißen, männlichen Wissenschaftler in den Industrienationen "Überbevölkerung" nennen (wobei nochmal klarzustellen ist: es gibt nicht zu viele Menschen. Es gibt aber die schreiende Ungerechtigkeit bei der Verteilung der für alle ausreichenden Nahrung, die ihren Grund in der kapitalistischen Wirtschaftsweise und dem Rassismus der Weißen hat).
Diese Entwicklungen liefen nicht gleichzeitig ab. Zuerst wurde ausgeraubt, was das Zeug hält. Händler und kirchliche Missionen versuchten von Anfang an, europäische Moralvorstellungen durchzusetzen (was natürlich nicht immer gelang). Die Durchsetzung der Geldwirtschaft und der "europäischen Arbeitsteilung" dagegen war (und ist) ein langsamer Prozess, der zuerst in den Städten stattfand, während weite bäuerlich geprägte Landstriche davon zuerst kaum oder nicht berührt wurden.
Das Verhältnis zwischen Kolonien und Industrienationen war also immer schon durch einen Werttransfer von den Kolonien in die Industrieländer und dem "Export" westlich-patriarchaler Herrschaftsstrukturen in die Kolonien bestimmt.
(Zu bemerken ist allerdings, daß die Welt nie so einfach strukturiert war, wie es hier anklingt, wenn von "Kolonien" und "Industrieländern" die Rede ist: Neben den Kolonien gab es immer auch schon "unabhängige Länder" - die lateinamerikanischen Länder wurden z.B. schon teilweise ab 1820 formell unabhängig, obwohl sie von den USA zu ihrer Einflußsphäre erklärt wurden. Eine genaue Analyse dieser kolonialen Politikvariante würde hier genau so zu weit führen wie der Versuch, Japans Stellung in der Welt zu beschreiben....)

KONTINUITÄT AUCH NACH DEM 2. WELTKRIEG

Nach dem 2.Weltkrieg, als die Menschen in den meisten Kolonien sich ihre (nationale) Unabhängigkeit erkämpft hatten - nicht alle, denn es gibt auch heute noch Kolonien: allein die Staaten der EG "haben" noch 10 - wurden die Befreiungsbewegungen/die neuen Staaten mit vielfältigen Problemen konfrontiert, die durch frühere Ausbeutung und Unterdrückung entstanden waren. Imperialistische Politik nutzte diese Probleme zu noch höherem Werttransfer aus.
Die Grenzen der Kolonien waren willkürlich gezogen worden - gemäß den Herrschaftsinteressen der Kolonialmächte. Die unabhängigen Staaten waren so meist Kunstgebilde, in denen sich oft verschiedene Bevölkerungsgruppen gegenüber standen, die außer der "Nationalität" kaum was gemeinsam hatten. Und diese neuen Staaten wurden in der Regel von einer westlich ausgerichteten Elite beherrscht, die sich ihren Anteil am Kuchen sichern wollte, indem sie Ausbeutungsstrukturen übernahm und ihr Überleben auf die eine oder andere Weise an die 1. oder 2. Welt koppelte. Diese Eliten sorgten für die Wahrung der Interessen der Ex-Kolonialmächte, dienten als Puffer zwischen den verarmten Volksmassen und den Industrieländern. Sie sicherten die Kontinuität patriarchaler Herrschaft. Nationale Konflikte wurden von den Industrienationen geschürt oder erst angeleiert, um die Kontrolle über die Ex-Kolonien nicht zu verlieren, damit sie nicht in Klassen- und Geschlechtswidersprüchen explodierten.
Aktuellstes Beispiel dafür ist der Konflikt zwischen Irak und Kuwait - beides "nationale" Kunstgebilde. Der Irak lenkt durch Krieg von inneren Gegensätzen ab und wurde von den Industrieländern militärisch hochgezüchtet, als Bollwerk gegen die iranische Revolution (1980); als starker Staat, der die Situation mit den für die Ölkonzerne so wichtigen Ölquellen sichern sollte. Jetzt auf einmal ist der hochgezüchtete Hussein den Imperialisten entwachsen und jetzt regen sich alle über einen faschistischen Diktator auf, der doch von den herrschenden westlichen und östlichen Eliten gebraucht wurde.
Natürlich verdienen die Industrienationen an solchen Konflikten: die nationalen Eliten schleudern das Geld für Rüstungsgüter nur so raus, das direkt in die Rachen der Multis fließt, wie ein flüchtiger Blick in die Zeitung zeigt, wenns um Rüstungsexporte in den Irak geht.

IMPERIALISTISCHE POLITIK PRODUZIERT WELTWEIT FLÜCHTLINGE

Für Flüchtlingsströme, die aus solcher Machtpolitik resultieren, ist ganz allein imperialistische Machtpolitik verantwortlich. Weit wichtiger ist die moderne Form ökonomisch-sexistischer Ausbeutung. Der erste Schritt der Modernisierung der Unterdrückung bestand darin, den durch frühere Ausbeutung verarmten Ex-Kolonien (bzw. den nationalen Eliten) zu versprechen, westlichen Reichtum durch Industrialisierung zu erreichen. Um die dazu notwendigen FabrikarbeiterInnen zu ernähren, mußte die Landwirtschaft rationalisiert werden - eine dankbare Aufgabe für Agro-, Chemie- und sonstige Multis. Für die Fabriken selbst wurde Kapital und Maschinerie gebraucht - dafür waren Banken und der Rest der Multis dankbar.
Dieser Strategie entgegen stand die auf dem Land noch weit verbreitete Subsistenzwirtschaft. Diese landwirtschaftlichen Betriebe sicherten nur das eigene Überleben und konnten kein Mehrprodukt für Stadt oder FabrikarbeiterInnen erwirtschaften. Sie waren nicht in den Geldkreislauf eingebunden (was nicht heißt, daß es keinen direkten Austausch von Produkten gab) und in ihnen leistete die ganze Familie "traditionelle" Arbeit. Sie mußten deshalb zerschlagen werden.
Das geschah durch ökonomische Zwänge oder direkte Gewalt. Z.B., indem die traditionellen Wirtschaftskreisläufe zerstört wurden (Agromultis lieferten nicht-traditionelle Nahrungsmittel zu Schleuderpreisen ins Land, was den direkten Tausch durcheinanderbrachte). Aber auf den neuen rationalisierten Produktionsflächen wurden keine traditionellen Nahrungsmittel angebaut, sondern Exportprodukte ("cash crops") wie Kaffee, Tee, Soja... Oder aber von Agromultis gelieferte, hochgezüchtete Getreidesorten, die durch höhere Erträge den Nahrungsmittelbedarf für Stadt und Land sichern sollten.
Die ihren Feldern beraubte Landbevölkerung hatte keine große Wahl: sie blieb entweder als LandarbeiterInnen in den technisierten Agrobetrieben, wobei die Frauen zusatzlich zur harten Arbeit den Überlebenskampf organisierten - kleine Gärten, ein Stück Vieh, Kinder, kochen...- oder sie flüchtete in die Städte, um "plangemäß" am Aufbau der Industrie mitzuwirken (die Männer als Lohnarbeiter, die Frauen als Lohnarbeiterinnen und/oder als Reproduktionsarbeiterinnen).
Aber bis auf wenige Ausnahmen wurde eine nationale Industrie auf dem Weltmarkt nie konkurrenzfähig. In den Ex-Kolonien gab es kaum Märkte für Industriewaren. Die Gründe dafür waren vielschichtig: einerseits unterwarfen sich weder die FabrikarbeiterInnen der Arbeitsdisziplin noch die Frauen sich ihrer neuen Rolle, so daß die Produktivität trotz geringer Löhne niedrig blieb. Andererseits sorgten die Industrieländer durch gezielte Politik dafür, daß ihnen keine Konkurrenz entstand (z.B. durch Zollschranken). Die meisten Landflüchtlinge blieben/wurden arbeitslos und lebten in "Slums", wo die tägliche Existenzsicherung wiederum in den Händen der Frauen lag. Die neuen Getreidesorten lieferten auf dem Land keine höheren Erträge, da sie viel anfälliger gegen Schädlinge und Umwelteinflüße waren. Die Macht der weißen, männlichen Planer hatten sich gegen das Wissen der traditionellen Ackerbauspezialistinnen, den Frauen, durchgesetzt.
Die kombinierte "Entwicklung" von Industrie und Landwirtschaft produzierte so nur eins: Hunger und Flüchtlinge auf der einen Seite, Profite für die Industrienationen und die nationalen Eliten auf der anderen Seite.
Trotzdem wurde der von weißen, männlichen Technokraten anvisierte Weg weitergegangen. Die Technologisierung der Landwirtschaft wurde verstärkt - gentechnisch verändertes Getreide, mehr Schädlingsbekämpfung usw. - also das klassische Prinzip der "Männerkultur Wissenschaft": mehr Technik gegen die verheerenden Auswirkungen von Technik. Auf der anderen Seite wurden Freihandelszonen eingerichtet (Weltmarktfabriken), um ausländisches Kapital ins Land zu locken - denn irgendwie mußte ja die Technisierung der Landwirtschaft und die inzwischen notwendigen Nahrungsmittelimporte bezahlt werden.
Die Last dieser Entwicklung trugen wiederum doppelt und dreifach die Frauen. Die Technisierung der Landwirtschaft führte schleichend dazu, daß sich die der Technik immanente westlich-patriarchale Herrschaftsideologie überall auf dem Land durchsetzte und sich die gesellschaftliche Stellung der Frauen so weiter verschlechterte, obwohl sie immer mehr den täglichen Existenzkampf organisierten. In den Weltmarktfabriken arbeiteten fast nur Frauen unter unmenschlichen Bedingungen (bis sie nach ein paar Jahren Arbeit zu krank zum Arbeiten waren).
Die Weltmarktfabriken und die weitere Technisierung der Landwirtschaft wurden immer mehr auf Pump finanziert, da in den Industrieländern mehr Geld mit Spekulationen als mit Produktion zu verdienen war -. westliche Banken vergaben deshalb bereitwillig Kredite an die Trikontländer.
Aber die notwendigen Devisen zur Zins/Schuldenrückzahlung und für Nahrungsmittel- und sonstige Importe floßen weder durch die Weltmarktfabriken (deren Gewinne auf den Konten der Multis im Westen landeten) noch durch cash-crops ins Land, da die Industrieländer durch ihren Weltmarkt die Preise niedrig festsetzen konnten.
Da die Schulden mangels Devisen immer höher wurden und selbst Zinszahlungen schwierig wurden, bekamen IWF und Weltbank immer mehr Einfluß auf die nationalen Ökonomien der Trikontländer. Die IWF-Wirtschaftspolitik mußte übernommen werden, um Überbrükkungskredite zu erhalten oder Zinsstundungen durchzusetzen. Die IWF-Politik richtete sich immer gegen die Armen - sie bedeutet Ausweitung von landwirtschaftlichem Export (während die LandarbeiterInnen, die die Produkte ernten, hungern). Sie bedeutet global die Inkaufnahme von Millionen Hungertoten, damit Zinsen zu den westlichen Banken fließen können. Diese offizielle IWF-Politik bedeutet also die Vernichtung von "unnützen Essern".



Da die Trikont-Länder trotzdem immer ärmer und die Menschen immer hungriger werden, werden inzwischen wieder neue "Entwicklungskonzepte" propagiert: IWF, Weltbank und Hilfsorganisationen entdecken die "Feminisierung der Armut" und stellen sich darauf ein. Die bisherige unentlohnte Arbeit der Frauen - Viehhaltung, Gärten, Kleinhandel - soll jetzt auch in den kapitalistischen Geldkreislauf eingebunden werden. Aber natürlich so, daß damit nicht genug Geld zum Überleben verdient werden kann. Die Nischen zum Überleben werden geringer. Für dazu notwendige Nicht-Lohnarbeit gibt es immer weniger Zeit und Platz - der Überlebenskampf soll härter werden. Die, die das nicht leisten können, sollen sterben; alle anderen sollen so weit vernutzt werden, wie es möglich ist. Die hauptsächliche Last sollen Frauen tragen...und Kinder und Jugendliche, für die Hunger am schlimmsten ist und die natürlich bevorzugte, billige Arbeitskräfte sind.
Die Millionen von Menschen, die vom Land vertrieben wurden, die in der Stadt keine Arbeit fanden und hungern. Die Frauen, die den täglichen Überlebenskampf nicht mehr schaffen, unter Vergewaltigung, Männergewalt und Rollenverhalten leiden. Alle die, die das nicht mehr ertragen wollen und um Befreiung kämpfen, den nächsten Supermarkt plündern oder sich in spontanen Revolten Brot nehmen. Frauen, die sich den patriarchalen Strukturen verweigern oder sie bekämpfen. Alle diese Menschen sind weltweit auf der Flucht.

DAS NEUE AUSLÄNDERGESETZ: DIE FOLGE RASSISTISCHER UND SEXISTISCHER POLITIK

Die Verantwortung für die Verhältnisse, die weltweit Flüchtlings- und Migrationsbewegungen verursachen, trägt historisch und aktuell imperialistische Politik - allein schon Grund genug für uns hier im Herzen der Bestie, daß wir uns mit den Flüchtlingen solidarisieren. Wir verschließen nicht die Augen vor der Situation von ImmigrantInnen, sondern versuchen, dafür zu sorgen, daß sie hierher kommen können, wenn sie wollen, und hier so leben können, wie sie wollen.
Die Politik in den Industrienationen, die zur Aufrechterhaltung des ökonomischen Gefälles in der Welt dient, schlägt sich schon immer "institutionell" in "Ausländergesetzen und -verordnungen" und "ideologisch" in Rassismus, Sexismus und Nationalismus nieder. Dieses neue Ausländergesetz zeigt eben auch, daß sich weltweit die Verhältnisse durch die imperialistische Ausbeutung verschlechtert haben - wie beschrieben in den Ländern der 3 Kontinente, aber auch in den Industrieländern selbst. Das zeigt sich daran, daß die, die vor 20 Jahren mit Kusshand hier aufgenommen wurden, um den damaligen Arbeitskräftemangel zu beheben und das "zu hohe" Lohnniveau zu drücken, müssen/sollen jetzt von hier verschwinden.
Ins neue Ausländergesetz wurden mehrere Schranken eingebaut, damit es auch im Falle eines erneuten Arbeitskräftemangels nicht zu einer "ungeregelten" Einwanderung kommt wie vor 20 Jahren. Sie zeigen sehr schön, daß ImmigrantInnen nur unter dem Aspekt kapitalistischer Vernutzung gesehen werden:
Menschen können in dieses Land nur kommen, wenn sie eine Ausbildungsstelle/einen Arbeitsplatz nachweisen können. Das bedeutet, daß bei Arbeitskräftemangel ausländische ArbeiterInnen für 2 Jahre angeheuert werden können. Danach müssen sie wieder verschwinden und dürfen nicht mehr wiederkommen. "Arbeitgeber" lassen so Arbeitskräfte rotieren, damit sie sich hier erst gar nicht einleben und nicht dazu kommen können, sich mit "deutschen" ArbeiterInnen gemeinsamn gegen Ausbeutung zu wehren. Außerdem werden ImmigrantInnen, die hier leben, ohne eingebürgert zu sein - aus welchen Gründen auch immer - sofort ausgewiesen, wenn sie dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen und Sozialhilfe beantragen. ImmigrantInnen müsen auf jeden Fall ausbeutbare Arbeitskräfte sein, sonst haben sie hier nichts zu suchen - das ist oberster Grundsatz imperialistischer Politik.
Die Ausnahme von dieser Regel betrifft Frauen, die entweder als "pflegeleichte ExotInnen" zur Heirat durch Frauenhändler an weiße Männer in die Industrienationen verkauft werden oder Frauen, die als Prostituierte ins Land gelockt werden. Dabei sind die Übergänge fließend. Viele Frauen werden durch Heiratsversprechen angelockt und landen dann in den Händen von Zuhältern. Diese philippinischen, thailändischen (...) Frauen sind immer illegal im Land und müssen ihren Körper verkaufen, wenn sie hier bleiben wollen. Sie sind Freiwild: sie sind völlig rechtlos und abhängig - im Bordell oder durch Heiratsverträge "legalisiert". Sie können nicht aussteigen und jedes Mal, wenn Sex-Clubs auffliegen, werden die Frauen ausgewiesen, während die Zuhälter/Frauenhändler meist straffrei ausgehen. Und natürlich werden die Frauen aus dem Land geworfen, die sich gegen ihren illegalen Status, ihre Erniedrigung zum Lustobjekt wehren, ebenso wie die, die sich von ihrem Käufer scheiden lassen wollen. Natürlich werden alle ImmigrantInnen ausgewiesen, die sich gegen die sich verschlechternden Verhältnisse wehren, die imperialistische Politik weltweit produziert.
Zuerst wird ihnen jede politische Betätigung verboten, die "die Interessen oder außenpolitischen Interessen der BRD beeinträchtigt oder gefährdet" - also die Ursachen benennt, warum es Flüchtlinge gibt und sich deshalb gegen imperialistische Politik wendet.
Das bedeutet konkret, daß keine/r UnterstützerIn einer Befreiungsbewegung in der BRD den Mund aufmachen darf. Mit allen Mitteln soll verhindert werden, daß imperialistische Praktiken durch ImmigrantInnen benannt oder verändert werden. (Das geht so weit, daß nach UN-Völkerrecht anerkannte, kriegführende Befreiungsbewegungen in der BRD nicht unterstützt werden dürfen, wenn durch sie außerhalb der BRD "deutsche" Interessen verletzt werden. Und das ist ja in jedem Befreiungskampf so. Aktuellstes Beispiel dafür ist Kurdistan, wo durch den Kampf der Kurden deutsche und NATO-Interessen "beeinträchtigt" werden).
Logischerweise wird mehr Wert darauf gelegt, daß es erst gar nicht dazu kommt, ImmigrantInnen hier etwas verbieten zu müssen. Das sieht ja auch immer so undemokratisch aus. Das neue Gesetz dient neben der "Befrtiedung" hier lebender ImmigrantInnen im wesentlichen dazu, daß in Zukunft erst gar keine ImmigrantInnen ins Land kommen.

DIE TORTUR DER EINREISE: FASCHISTISCHE TENDENZEN DER VERWALTUNG

Die abschreckende/inhumane/repressive Wirkung des Gesetzes fängt schon bei der Einreise an:
Ein Flüchtling kommt irgendwo an der Grenze zur BRD (des zukünftigen Großdeutschlands, Europas) an (über Flughäfen wirds immer schwieriger, da Fluggesellschaften, die ImmigrantInnen ohne Visum befördern, zu Geldstrafen verdonnert werden können - und Visa kriegen die Armen natürlich nicht). Schon an der Grenze kann er/sie zurückgewiesen werden, wenn es keine "nachvollziehbaren" Fluchtgründe gibt (wohlgemerkt: "nachvollziehbar" für deutsche, meist männliche Grenzbürokraten). Wird diese Hürde tatsächlich genommen (was immer schwieriger wird), wird er/sie in ein zentrales Auffanglager eingeliefert (das niedersächsische befindet sich in Braunschweig; Bullenwache gleich auf dem Gelände und außer amnesty-international-MitarbeiterInnen kommt so gut wie niemand ins Lager rein). Er/sie kann kaum deutsch, hat von deutschem Paragraphendschungel noch nie was gehört und sitzt ohne Hilfe von außen in einem Lager. Binnen ein paar Tagen gibt es dann die entscheidende Anhörung, wo die Fluchtgründe geschildert werden müssen: 20 - 30 Minuten pro Flüchtling, in denen (mit Übersetzung) die "persönlichen Fluchtgründe" geschildert werden müssen (zu einer verfolgten politischen Gruppe zu gehören, reicht nicht aus, weil das kein "persönlicher" Grund ist - was die wenigsten ImmigrantInnen wissen). Sie/er sitzt deutschen Beamten gegenüber, die keine Ahnung von den politischen, sozialen und kulturellen Verhältnissen des Fluchtlandes haben, müssen sich auf die ÜbersetzerInnen verlassen - und sie müssen in dieser Anhörung das "Richtige" sagen - ohne Vorbereitung, ohne

Anwalt oder "deutsche" HelferInnen - da es nur diese eine gibt. Nachgeschobene Erklärungen haben in der Regel keinen Wert und werden nicht berücksichtigt. In der Mehrzahl der Fälle wird der Asylantrag abgelehnt - wogegen Widerspruch eingelegt werden kann. Nach der Ablehnung wird meist die Abschiebung festgesetzt. Dagegen muß erneuter Widerspruch eingelegt werden, weil das ein anderer Verwaltungsakt ist. Vergißt jemand, Widerspruch gegen die Abschiebung einzulegen (weil ja nicht so viele juristisch gebildete ImmigrantInnen flüchten), so ist das eben Pech: Obwohl über den Asylantrag aufgrund des Widerspruchs noch nicht entschieden wurde, kann dann abgeschoben werden. Das ist natürlich Kalkül - so können völlig "legal" ImmigrantInnen abgeschoben werden, die Aussicht auf Asyl haben und nur "vergessen" haben, Widerspruch gegen die drohende Abschiebung einzulegen.
Die nicht anerkannten Flüchtlinge - also die, über deren Asylantrag gerade entschieden wird und die, die hier "geduldet" werden, bis irgendein Bürokrat entscheidet, daß sie abgeschoben werden können, weil sich die Verhältnisse in ihren Ländern verbessert haben sollen - werden aus dem Lager nach Quoten übers Land verteilt. Ob sie dann im hinterletzten Kaff in Ostfriesland oder in Göttingen landen, ist Zufall. Dann dürfen sie ohne Zustimmung der Ausländerbehörde den Bezirk nicht verlassen, in den sie befohlen worden sind.

Wir danken dem deutschen Industrie- und Handelskapital sowie der Bundesregierung für ihre tatkräftige Unterstützung bei der Vernichtung des kurdischen Volkes.



Gezeichnet Die Regierungen der Türkei, des Irak, und des Iran

Eine ziemlich entwürdigende, aber bewußt so geplante Vorgehensweise, damit möglichst viele von vornherein abgeschreckt werden oder bei dem Versuch, hierher zu kommen, entmutigt werden. Der alleinige Zweck des neuen Gesetzes besteht also darin, die Schotten noch dichter zu machen, als sie es eh schon waren (oder in der Faschistensprache des ersten Entwurfs zum Gesetz: "das deutsche Volk vor Überfremdung zu schützen"), wobei die Grenzen je nach momentanen Interessen geöffnet oder geschlossen werden können.
Die weitaus geringere "Gleichheit" der ImmigrantInnen vor dem Gesetz setzt sich selbst dann fort, wenn sie völlig legal hier leben: Kinder, Ehefrau (oder -mann) dürfen nur dann nachkommen, wenn "ausreichender" Wohnraum zur Verfügung steht - wer vermietet schon schöne, große Wohnungen an ImmigrantInnen? - und die ganze Familie sich zukünftig durch Lohnarbeit ernähren kann, was nichts anderes bedeutet, daß es nur dann Familienzusammenführung gibt, wenn keine Sozialhilfe beantragt wird. Der nachgezogene Ehegatte (fast immer die Frau) bekommt erst dann ein eigenständiges Aufenthaltsrecht, wenn die Ehe 4 Jahre auf BRD-Boden bestanden hat- was nichts anderes bedeutet, daß Ehefrauen von Immigranten so per Gesetz zum Eigentum ihrer Männer erklärt werden. Vor Ablauf von 4 Jahren können sie sich nicht scheiden lassen, weil sonst ihre Abschiebung drohen würde.
Aus den bisher geschilderten Gründen beschäftigen wir uns mit Flüchtlingspolitik. Deshalb versuchen wir zu erkennen, warum es Flüchtlinge gibt. Deshalb versuchen wir, sie hier im Rahmen unserer Möglichkeiten zu unterstützen.
Das fängt mit dem Versuch an zu erfahren, was in dieser Stadt überhaupt mit den vielen ImmigrantInnen passiert. Wer weiß denn schon, daß hier gerade 50 Iranerinnen von Abschiebung bedroht sind? Das bedeutet auch, von Abschiebung bedrohte Menschen zu verstecken und durch Öffentlichkeitsarbeit dafür zu sorgen, daß sie hier bleiben können. Natürlich müssen wir alle Bestrebungen bekämpfen, die ImmigrantInnen zu Menschen zweiter Klasse stempeln wollen -
also faschistische Tendenzen und offizielle Regierungs- und Oppositionspolitik in der BRD, in Europa und in der DDR öffentlich zu machen und mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpfen.

Heuerten Bürger Skinheads an?

Polizei: Offenbar Überfälle auf Asylbewerber in Essen bezahlt

Von unserem Korrespondenten Reinhard Voss 2.8.90 FR

ESSEN, 1. August. In Essen sollen „normale Bürger" Geld gesammelt und insgesamt 5000 Mark an rechtsextremistische Skinheads gezahlt haben, damit die eine Unterkunft für Asylbewerber überfallen und deren Bewohner terrorisieren. Dieter Bohrhardt, Leiter des Essener Polizeikommissariats für politisch motivierte Straftaten, bestätigte am Mittwoch der FR einen Bericht der in Essen erscheinenden „Neuen Ruhr-Zeitung", wonach die Polizei ein Ermittlungsverfahren gegen die jetzt noch unbekannten Geldsammler eingeleitet habe. Laut Bohrhardt verfügt die Polizei über mehrere Hinweise von verschiedenen Seiten, daß es tatsächlich eine solche Sammelaktion gegeben habe. Die Polizei habe auch erste „Erkenntnisse" gesammelt.

Die mit 130 Asylbewerbern aus neun Nationen völlig überfüllte Unterkunft in der Essener Klapperstraße ist den Anwohnern schon seit längerer Zeit ein Dorn im Auge. Die Stimmung unter den deutschen Anwohnern sei „brisant und explosiv", schilderte Bohrhardt die Lage rings um die Unterkunft der Asylbewerber. Er halte deshalb die Sammelaktion zugunsten der Sinheads durchaus für möglich. Der Polizei ist es allerdings noch nicht gelungen, Anstifter oder gar Täter der Geldsammlung zu ermitteln. Bohrhardt begründete dies der FR mit der Zurückhaltung der Anwohner, „Roß und Reiter" zu nennen. Die Leute hätten wohl Angst, bei einer Zusammenarbeit mit der Polizei selbst Opfer von Gewalttätigkeiten zu werden, vermutete der Polizist. In Essen gibt es nach den Feststellungen der Polizei ein nicht unerhebliches Potential gewalttätiger Rechtsextremisten. Im zuständigen Kommissariat sind bereits 80 Skinheads aktenkundig, die mit rechtsextremistisch motivierten Taten straffällig wurden. Allein in diesem Jahr wurden 40 solcher Straftaten verübt.





DIESE GESETZE WAREN NIE DAZU DA'
DIESE GESETZE WAREN NIE DAZU DA, DEN MENSCHEN ZU HELFEN
DIESE GESETZE WAREN NIE DAZU DA, DEN MENSCHEN ZU
HELFEN, SONDERN, UM SIE ZU BENUTZEM
HELFEN, SONDERN, UM SIE ZU BENUTZEN

Im Zusammenhang mit den Kämpfen um demokratische Verfassungen in Deutschland spielte auch die Forderung eine Rolle, die Grund- und Menschenrechte nicht an die Staatszugehörigkeit zu binden. Doch mit der Niederschlagung der demokratischen und sozialen Bewegung in der Revolution von 1848/49 blieb nur die nationale Komponente erhalten. Und diese schrieb in der Verfassung von1849 fest, daß die Grungrechte nur jedem Deutschen zustehen sollte.
Mit der Gründung des deutschen Reiches (1871), wurden die ersten Sondergesetze für Ausländer geschaffen. Entsprechend den vorherrschenden wirtschaftlichen Interessen und dem zunehmenden nationalistisch-rassistischen Chauvinismus im deutschen Kaiserreich sollte dieses Instrumentarium folgende Funktionen erfüllen:
- Es sollte den Kapitalisten, vor allem den ostelbischen Großagrariern, den freien Zugriff auf billige Arbeitskräfte aus dem Ausland (vor allem Polen) sichern. So als Lohndrücker eingesetzt, sollten diese ausländischen Arbeitskräfte gleichzeitig zur politischen und sozialen Disziplinierung der erstarkenden Gewerkschaftsbewegung beitragen.
- Es sollte die Rechtlosigkeit und Ausgrenzung von im Lande lebenden Ausländern dokumentieren, um so das völkisch-rassistische Bedürfnis nach nationaler Überlegenheit zu befriedigen.
- Es sollte schließlich die unmittelbare Verfügungsgewalt über diese Menschen sicherstellen, um "staatsfeindliche Umtriebe" im Keim ersticken zu können.

Diese zum Teil sich widersprechenden Funktionen waren nicht dadurch unter einen Hut zu bringen, daß ein einheitliches "Fremdengesetz" geschaffen wurde. Im Gegenteil: Ausländerpolitik nach den Prinzipien ökonomischer und politischer Opportunität lieeß sich nur dadurch verwirklichen, daß der "rechtsfreie Raum" möglichst groß gehalten wurde. Einerseits mußten die Betroffenen in einer aufenthaltsrechtlichen Unsicherheit gehalten werden, und andererseits mußte der Staat möglichst ungebundene Macht haben, Ausweisungen vornehmen zu können. Das Polizeirecht mit seinen auf Willkür angelegten Gummiparagrafen war deshalb die Grundlage, die Verfügungsgewalt zu regeln - und ist es bis zum Ausländergesetz von 1965 geblieben.

Nach der Novemberrevolution von 1918 gab es in der Weimarer Verfassung zwar entscheidende politische und soziale Verbesserungen für deutsche ArbeiterInnen, z.B. das Frauenwahlrecht, den Achtstundentag und die Anerkennung der Gewerkschaften als Vertretung der ArbeiterInnen. Eine Verbesserung der aufenthaltsrechtlichen Situation von AusländerInnen fand jedoch nicht statt. Während des Ersten Weltkriegs auf die Stufe völlig rechtloser Arbeitssklaven im Dienste der deutschen Kriegswirtschaft durch Zwangsarbeit herabgedrückt, bestand für die Politiker in den ersten Jahren der Weimarer Republik das Hauptproblem darin, die ausländischen Arbeitskräfte loszuwerden, um Arbeitsplätze für die heimkehrenden deutschen Soldaten frei zu machen. Und da die unbeschränkte polizeiliche Ausweisungskompetenz schon im kaiserlichen Polizeirecht verankert war, wurde hierauf ungebrochen zurück gegriffen. Nur USPD und KPD forderten auch für den ausländerrechtlichen Bereich eine demokratische Umwälzung.

Die preußische Ausländerpolizeiverordnung vom 27.April 1932 brach zwar nicht mit der herrschenden Auffassung, daß Ausländer grundsätzlich keinen Rechtsanspruch auf Aufenthalt haben. Die staatliche Verfügungsgewalt wurde aber dadurch eingeschränkt, daß für die Versagung der Aufenthaltserlaubnis und für Ausweisungen von der Verwaltung konkrete Tatbestände genannt werden mußten. Der Aufenthalt als willkürlicher Gnadenakt war damit eingeschränkt, die Ausweisung nicht mehr ausschließlich ins Ermessen der Polizei gestellt.

In den ersten Jahren der faschistischen Diktatur blieben die ausländerrechtlichen Regelungen unangetastet. Einzig die Abschaffung der Länderkompetenz wurde im Zuge der "Gleichschaltung" durchgeführt. Erst als die Vorbereitungen zum Krieg auf vollen Touren liefen und nach der Eingliederung Österreichs die Zerschlagung der Tschechoslowakei bevorstand, sahen die Faschisten die Notwendigkeit, die ausländerrechtlichen Bestimmungen ihrer Ideologie und ihren Zielen einer Politik der Eroberung von "Lebensraum" anzupassen. Angesichts der geplanten Eroberungen wurde die Rechtlosigkeit von Ausländern in der Ausländerpolizeiverordnung vom 22.8.32 geregelt, damit keine Probleme bei der Rekrutierung und Deportation zur Zwangsarbeit und bei der Erhaltung der inneren Sicherheit im Krieg auftraten.

1951 übernahm die BRD die Verordnung derr Faschisten. Der Grund für die Übernahme der Regelung von 1938, wie auch deren Ablösung durch das Ausländergesetz von 1965, war keine Einengung der staatlichen Verfügungsgewalt über den Aufenthalt in der BRD - Ermessensspielraum genannt- hinzunehmen.
Die Verordnunjg von 38 wurde durch ein neues Ausländergesetz abgelöst, weil der faschistische Rahmen in einem Rechtsstaat nicht voll ausgenutzt werden konnte. Es mußte deshalb eine ausländerrechtliche Lösung gefunden werden, die polizeistaatliche Willkür in einem Rechtsstaat ohne gerichtliche Überprüfung zuließ. Mit dem uneingeschränktenErmessensspielraum des Paragrafen 2 des Ausländergesetzes wurde diese Lösung geschaffen:Die Aufenthaltserlaubnis darf erteilt werden, wenn die Anwesenheit des Ausländers Belange der BRD nicht beeinträchtigt".
Das Gesetz von 1965 wurde häufig als arbeitsmarkt- und sozialpolitisches Notstandsgesetz bezeichnet, nicht nur, weil es seit 1960 parallel zu den allgemeinen Notstandsgesetzen entwickelt wurde, sonder weil es entsprechend den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes die Verfügungsgewalt über Menschen und ihre Rechte organisiert. Die wirtschaftliche Entwicklung der BRD seit Mitte der 60er Jahre und die jeweils parallel getroffenen Maßnahmen im Rahmen des Ausländergesetzes haben diese Einschätzung aufs deutlichste bestätigt:In jeder konjunkturellen Krise wurde der "Ermessensspielraum" rstriktiv genutzt, bei jedem Aufschwung wurde etwas mehr Liberalität an den Tag gelegt.

WISSENWERTES ZUM HOTEL ASTORIA   WISSENSWERTES ZUM HOTEL ASTORIA

Das Astoria gehört einem gewissen Schomann, CDU-Mit Glied, der seit circa zwei Jahren Kurdirektor von Cuxhaven ist.
Seine Firma VUB, Versorgung, Unterkunft, Betreuung, hat außer in Göttingen noch zwei solcher "Häuser" in Oldenburg und eins in Vechta. Seit seiner Ernennung zum Kurdirektor hat die Ehefrau die Geschäftsführung der Firma übernommen.
Die Firma verpflichtet sich, für die Einrichtung der Häuser aufzukommen, das heißt: ein Bett, ein Tisch, ein Stuhl und ein Schrank pro AsylbewerberIn. Der gute Herr Schomann hat allerdings die Hausmeister angewiesen, die Möbel bei der Brockensammlung zu besorgen. Wenn es dort gerade keinen Schrank gibt, dann fehlt eben einer im Haus......
Erst als die Bewohner durch eine Hausmeisterbürobesetzung Druck gemacht hatten, wurde in so einer Situation ein neuer Schrank besorgt. Die Vorgeschichte bestand darin, daß sich der Hausmeister geweigert hatte, einen kaputten Schrank zu reparieren, woraufhin der Schrank zerschlagen und vor dem Hausmeisterbüro deponiert wurde.
Als Betten werden alte Bundeswehrmetallgestelle benutzt, die auch noch übereinander gestellt werden. Als Auflage werden dünne Schaumstoffmatratzen benutzt.
Schomann kassiert pro Flüchtling und Tag 21,- bis 24,- DM. Das ist bei der Unterbringungsdichte (z.B. eine siebenköpfige Familie auf 20 m^2) eine m^2-Miete von ungefähr 230,- DM. Bei einer angenommenen Belegungszahl des Astoria von 120 Menschen (Normalerweise wohnen dort aber ungefähr 130 Menschen) resultiert daraus eine Monatseinnahme von fast 80 000 DM!

Interview mit dem Arbeitskreis Asyl:

FRAGE: DAS ASTORIA WIRD IM JANUAR 91 ZUGEMACHT. IHR FORDERT EIN BERATUNGSZENTRUM ODER EINE BERATUNGSSTELLE FÜR ASYLBEWERBER. HAT SICH INZWISCHEN ETWAS IN DIESER RICHTUNG GETAN?

Martin: Bis vor kurzem war Stand, daß wir vom Land eine eindeutige Absage erhalten hatten. Das Land hat sich darauf berufen, daß die Kommune, also die Stadt Göttingen, zuständig ist, weil sie für soziale Betreuung eine Verwaltungskostenpauschale bekommt.
Die Kommune sieht das ganz anders. Sie hat die finanzielle Verant-wortung auch erstmal von sich gewiesen, weil sie die Verwaltungskostenpauschale für Verwaltungskosten ansetzt und ausschöpft. Und im übrigen hat Frau Schlapheit-Beck auch die Notwendigkeit einer sozialen Betreuung überhaupt in Zweifel gezogen, weil sie davon ausgeht, daß sich die Zahl der Flüchtlinge in Göttingen langfristig erheblich reduzieren wird. Angeblich werden dann hier nur noch Flüchtlinge leben, die schon länger hier sind und sich relativ gut auskennen. Dazu ist einiges zu sagen.
Auf Grund der Koalitionsvereinbarungen in Hannover hat sich jetzt eine andere Situation ergeben. Das Land sieht jetzt die Notwendigkeit und will eine dezentrale und flächendeckende Betreuung für ganz Niedersachsen übernehmen.
Wir waren zusammen mit dem niedersächsischen Flüchtlingsrat im Ministerium, und da ist uns durch Trittin bestätigt worden, daß das Land eine Betreuung organisieren will. Sie wollen dazu eine Kommission bilden aus kommunalen SDpitzenverbänden, Wohlfahrtsverbänden und Initiativgruppen, um bis Ende des Jahres eine Konzeption zu entwickeln, die organisatorisch und finanziell machbar ist.
Wir haben dann für Göttingen eine Übergangsregelung gefordert, weil die Zeit drängt. Für den Fall, daß es bis zum Jahresende kein Konzept gibt, muß die Kontinuität gewährleistet sein. Das ist sie bis jetzt nicht.

FRAGE: ES KANN ALSO' ZUMINDEST FÜR EINE BESTIMMTE ZEIT EINE SITUATION ENTSTEHEN, IN DER ES FÜR FLÜCHTLINGE IN GÖTTINGRN KEINE ANSPRECHPARTNER GIBT?

Martin: Ja, das ist möglich. Wir sind allerdings frohen Mutes, daß wir das doch schaffen ...
Frage: Mit Druck?
Martin: Mit Druck!
Frage: Was wird aus den Bewohnern und Bewohnerinnen des Astoria?
Martin: Ja, das ist ein Riesenproblem. Wir wissen es nicht, und die Verunsicherung unter den Bewohnern ist wahnsinnig groß. Vor 2 Jahren haben wir versucht, mit Stadt und Bezirksregierung ins Gespräch zu kommen. Die Stadt sagt, daß sei nicht ihr Problem. Die Bezirksregierung sagt, sie sei an den Vertrag mit dem privaten Betreiber des Astoria gebunden und müsse 135 Personen nach Götingen zuweisen.
Unsere Überlegung war, daß ab Januar 1990 keine neuen Flüchtlinge mehr hierher kommen, sodaß dann im Laufe des Jahres ein natür- licher Abbau geschieht, dadurch daß Leute Asyl erhalten, eine Duldung erhalten, durch Flüchtlinge, die zurückkehren oder die heiraten oder untertauchen oder was auch immer. Im Januar 1991 wären dann noch immer etwa 30 Menschen hier gewesen, für die man eine Lösung hätte finden können, die ihren Bedürfnissen und Problemen angemessen ist. Das heißt, Unterbringung in Göttingen oder näheren Umgebung.
Die Bezirksregierung hatte uns mündlich zugesagt, daß ab Juni keine neuen Flüchtlinge mehr zugewiesen werden. Die zusage wurde nicht eingehalten. Wir werden uns jetzt um eine breite Solidarisierung in der Öffentlichkeit bemühen und uns überlegen, wie wir weiter reagieren.
Frage: Habt ihr denn von irgendwelchen Überlegungen was mitbekommen, was passieren soll, wenn das Astoria geschlossen wird?
Martin: Die Meinung der Stadt ist klar. Schlapheit-Beck hat gesagt, die Stadt hat die Quote, die sie an Flüchtlingen aufnehmen muß weit überfüllt.
Sie wird die Flüchtlinge aufnemen müssen, die eine Duldung haben, weil die nicht mehr diesem bescheuerten Verteilungsmechanismus unterliegen. Die wird sie dann Obdachlosenunterkünften zuweisen, notfalls in Containern auf dem Schützenplatz.

Was sind Container?



Wohncontainer in Northeim

Frage: Was sind Container?
Martin: Wohncontainer. Maximale Größe, glaube ich, 20 m². In Northeim gibt es ein Modellprojekt dieser Art, da wohnen in einem Container 15 Menschen.
Ein Fall ist besonders drastisch. Das ist ein pakistanisches Ehepaar mit fünf Kindern. Die Kinder gehen hier zur Schule, und sie hatten unheimliche Schwierigkeiten, sich da einzuleben und Kontakt zu finden. Es wäre also eine wahnsinnige Härte, jetzt nochmal neu anfangen zu müssen, möglicherweise in einer kleinen Dorfgemeinde, wenn sie dahin zwangsverteilt werden. Eigentlich ist es rechtlich nicht erlaubt, wenn Flüchtlinge zum zweiten Mal umverteilt werden. Aber die Stadt kann sich auf den sogenannten höheren Notstand berufen, daß sie keinen Wohnraum hat, und dann haben die Flüchtlinge keine Chance. Die Stadt hat geäußert, daß sie das so handhaben wird. Was uns in diesem Zusammenhang wahnsinnig ankotzt, ist dieses Sich-überhaupt-nicht-kümmern, obwohl man das Problem seit langem kennt. Und das dokumentiert eindeutig die Mentalität, daß Flüchtlinge nicht als Menschen gesehen werden, sondern als Kontingent, als Massen, die zu verteilen oder unterzubringen sind. Und das wirft ein eindeutiges Licht auf die gegenwärtige Flüchtlingspolitik insgesamt.

FRAGE: DIE FORDERUNG NACH EINEM BERATUNGSZENTRUM IST JA SOZUSAGEN ERSTMAL EINE FORDERUNG IN DER ERSTEN NOT. WELCHE WEITERGEHENDEN VORSTELLUNGEN HABT IHR?

Martin: Das Astoria war immer auch ein Anlaufpunkt für Flüchtlinge, die relativ isoliert im Landkreis oder in der Stadt wohnen. Sie konnten hierher kommen, Landsleute treffen, sich unterhalten, irgendwas zusammen machen. Wenn es kein Beratungszentrum geben wird, in dem das möglich ist, fürchten wir, daß die Isolation der Flüchtlinge sehr, sehr stark sein wird.

Anwar: In so einem Zentrum könnte auch die ganze Öffentlichkeitsarbeit koordiniert werden. Wir könnten Schulklassen einladen, Schulbesuche verabreden, Kontakte zwischen Deutschen und Ausländern verstärken. Wir wollen unsere Betreuung auch nicht auf die Stadt Göttingen begrenzen, sondern auch im Landkreis arbeiten, wo die Bedingungen noch schlimmer sind. Wir könnten dann in den Kommunen ein paar Stunden in der Woche Beratung machen.
Frage: Meint ihr denn, daß durch die neue Landesregierung andere Impulse kommen als bisher, also Impulse, die irgendein Interesse signalisieren, menschlichere Lösungen zu finden?
Anwar: Wir zweifeln daran, was die Unterbringung betrifft. Jahrelang wurde nichts gemacht, wurden z.B. keine neuen Wohnungen gebaut, da wird kurzfristig kaum was möglich sein. Was die Lebensbedingungen und rechtliche Verfahrensweisen angeht, haben wir schon Hoffnung. In der Koalitionsvereinbarung zwischen Grünen und SPD wurde vereinbart, die Residenzpflicht aufzuheben. Jeder Asylbewerber kann sich innerhalb von Niedersachsen frei bewegen.
Ein anderer Punkt: Letzte Woche wurde vom Innenministerium ein Erlaß herausgegeben, daß jeder Asylbewerber oder abgelehnte Asylbewerber, der seit 5 Jahren legal in Niedersachsen lebt, eine Aufenthaltserlaubnis bekommen wird. Das löst natürlich die Probleme von einigen Asylbewerbern.
Eine dritte Vereinbarung war, daß die medizinische Versorgung für Flüchtlinge der für Deutsche gleichgestellt wird. Diese Schritte sind natürlich sehr wichtig für Flüchtlinge.
Martin: Aber der Bewegungsspielraum ist schon ziemlich eingeschränkt durch das neue Ausländergesetz, das ab Januar in Kraft tritt.


Zentrales Auffanglager für Niedersachsen in Braunschweig

FRAGE: WAS WIRD DURCH DIESES NEUE GESETZ VERÄNDERT, WAS WIRD ES BEWIRKEN?

Martin: Für Flüchtlinge bedeutet es im wesentlichen, daß die Entscheidungsbefugnisse über Duldung und Abschiebestop für bestimmte Nationengruppen - z.B. Libanesen, Palästinenser, Kurden aus Irak und Iran, Tamilen aus Sri Lanka - aus der Länderkompetenz aufs Bundesinnenministerium übergeht. Liberalere Tendenzen aus den Bundesländern, wo rot-grüne Koalitionen bestehen, werden damit unmöglich gemacht. Wenn die neue niedersächsische Landesregierung den Leuten, die über 5 Jahre hier sind, eine Aufenthaltsberechtigung gibt, dann ist das ein letzter Versuch, zumindest einer bestimmten Gruppe von Ausländern ab Januar einen gewissen Schutz zu geben.

FRAGE: WAS STECKT NACH EUER MEINUNG HINTER DIESER GESETZGEBUNG?

Martin: Zum einen ganz deutlich dieser Punkt der Zentralisierung der Entscheidungsbefugnisse auf das Innenministerium. Ein weiterer Punkt betrifft Leute unter 16 Jahren, d.h., auch Kinder und Jugendliche können ohne Visum nicht mehr einreisen. Die Erteilung eines Visums ist z.B. gebunden an die Frage, ist eine Rückkehr in das Heimatland möglich. Das bedeutet, Flüchtlinge aus den Ländern, in die sie nicht zurückkehren können, wo ein Abschiebestop existiert, bekommen kein Visum mehr, d.h., sie können gar nicht mehr Asyl in Anspruch nehmen.
Und die Einrichtung einer Zentralen Ausländerbehörde wird die Unterstützung der Flüchtlinge durch Sozialarbeiter zunehmend erschweren, einfach weil die räumliche Distanz viel zu groß ist. Das alles deutet eindeutig in Richtung Abschottung und Ausgrenzung vor allem von Dritte-Welt-Flüchtlingen, aber auch von Zweite-Welt-Flüchtlingen. In dem Maße, wie Europa versucht, sich zu integrieren, auch ökonomisch zu integrieren, wird der Rest der Welt abgeschottet und ausgegrenzt.
Das ist das Ziel und das geht sogar noch weiter über das sogenannte "Rotationsprinzip". Aufenthaltsgenehmigungen werden nur noch erteilt für eine bestimmte Zeit und für einen bestimmten Zweck. Und der richtet sich nach der jeweiligen wirtschaftlichen Situation,d.h. nach dem Arbeitsmarkt. Menschen, die überhaupt noch reinkommen können, werden als reine Masse betrachtet, die entsprechend der ökonomischen Situation reingelassen, aber auch wieder rausgeschmissen, "rausrotiert" werden können.
Anwar: das Ausländergesetz trifft ja praktisch alle Ausländer in der Bundesrepublik. Es trifft natürlich die Flüchtlinge am stärksten, weil sie von ihrer Aufenthaltsberechtigung her die schwächste Position haben.
Das neue Ausländergesetz ist zu sehen als die Fortführung eines langjährigen Prozesses, der seine Geschichte in der Ausländerpolitik der Bundesrepublik und sogar auch im Nationalsozialismus und in der Weimarer Republik hat. Danach ist der Ausländer weiterhin ein Fremder, der sich nach den Normen und Gesetzen des Gastgeberlandes zu richten hat. Daß ein Ausländer nach einem langjährigen Aufenthalt hier, nach langjähriger Arbeit, nach einem Mitaufbau dieser Gesellschaft gewisse Rechte bekommt, sowas kennt das Gesetz nicht.
Martin: Es gibt nur ein einziges Recht, das verbrieft ist. Das ist das Recht, jeder Ausländer kann die Bundesrepublik jederzeit verlassen. Ohne Auflagen, ohne alles.
Anwar: Wir müssen auch das Tempo sehen, in dem dieses Gesetz verabschiedet worden ist. Das war natürlich alles programmiert. Das Gesetz wurde durchgesetzt, als alles mit der Wiedervereinigungseuphorie beschäftigt war, und auch bevor die Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften und Initiativgruppen eine Gegenkampagne machen können.
Außerdem sollte das Gesetz vor den Wahlen in Niedersachsen verabschiedet werden. Für den Fall, daß es zu neuen Verhältnissen, auch Mehrheitsverhältnissen im Bundesrat, kommt, sollte das Gesetz nicht mehr zu verhindern sein.
Dieses Gesetz widerspricht auch den Tatsachen, die die etablierten Parteien nicht sehen wollen. Es lebt hier eine ethnische Minderheit von viereinhalb Millionen Menschen, 70% der Ausländer leben länger als 10 Jahre hier, und sie sind ein Teil dieser Gesellschaft. Die etablierten Parteien wollen das nicht einsehen
Bei denen herrscht die nationalistische Ideologie weiter. Un
die Wiedervereinigungseuphorie verstärkt das. Die hat z.T. auc
Wohlfahrtsverbände und Gewerkschaften abgelenkt.


früher Polizeikaserne

FRAGE: WENN FLÜCHTLINGE KAUM ODER GAR NICHT MEHR NACH EUROPA REINKOMMEN', MACHT DANN EINE FLÜCHTLINGSARBEIT ÜBERHAUPT NOCH SINN?

Martin: Die Bedingungen für unsere Arbeit werden natürlich sehr
sehr erschwert. Aber wir sind nicht bereit, die vom Bundesta
angestrebte Wirkung dadurch vorwegzunehmen, daß wir unsere Arbei
für überflüssig erklären. Im Gegenteil, wir halten sie für seh
notwendig, im Gegensatz zu Frau Schlapeit-Beck, die da voll au
Linie sitzt.
Erstens muß die Gleichberechtigung von Menschen, die z.T. sei
Jahrzehnten hier leben, mit Nachdruck gefordert werden. Das is
eine gesellschaftspolitische Aufgabe. Zweitens geht es - auf ei
ner individuell-psychologischen Ebene - darum, daß Flüchtlinge
die hier unter wahnsinnig beschränkten und beschissenen Bedingun
gen leben müssen, unterstützt werden, damit sie hier nicht voll
kommen vor die Hunde gehen und dann als psychische Wracks irgend
wann gezwungenermaßen in ihre Länder zurückkehren.
Je schlechter die Bedingungen werden, desto mehr müssen wir Druc
und Öffentlichkeitsarbeit in Richtung auf diese zu fordernde
Gleichberechtigung machen, also die Aufhebung der Unterscheidun
zwischen Deutschen und Ausländern.
Matthias: Die Unterschiede zwischen Europa und der Dritten Wel
werden künfig noch zunehmen. Und auch in Zukunft wird es Flücht
linge geben. Auch in Osteuropa werden leider wahrscheinlich
Flüchtlingsströme provoziert werden. Menschen werden einfach
nicht mehr wissen, wo sie hin sollen. Weil sie in Armenien al
Aserbeidschaner verfolgt werden und in Aserbeidschan als Armenie
und sie dann nicht nach Armenien können, sondern irgendwo in Eu
ropa herumirren.
Anwar: Ob Flüchtlingsarbeit noch Sinn macht, ist auch eine un
heimlich gefährliche Überlegung. So eine Ausländerpolitik wurd
hier jahrelang durchgeführt. Im Bereich der Arbeitsimmigrante
(der sogenannten "Gastarbeiter" - Anm. der Red.) wurde immer ge
sagt, da braucht man keine sozialen Leistungen, keine medizini
sche Versorgung im Alter, denn bevor die das Alter erreicht ha
ben, werden sie zurückkehren. Jetzt hat die erste Generation de
Arbeitsimmigranten das Alter erreicht, und von der Kommune gib
es keine Sozialleistungen, nicht im Altersheim, nicht in der Al
tenversorgung, nicht in der Betreuung von alten Menschen, di
ganz andere Bedingungen der Betreuung haben als Deutsche.
Es gibt diese Gefahr, daß von Seiten der Politiker, der etablier
ten Parteien gesagt wird, nach dem neuen Gesetz gibt es kein
Flüchtlinge mehr, also braucht man auch keine Betreuung. Dies
Tendenz haben wir auch bei Schlapeit-Beck gesehen. Es kommen kei
ne Flüchtlinge mehr nach Göttingen, also brauchen wir keine Be
treuung. Das ist eine gefährliche Politik, und es ist unser
Kampf, daß die soziale Betreuung weiter existiert und erweiter
wird. Für die Flüchtlinge in Göttingen, das sind mit ihren Fami
lienangehörigen etwa 2.000 Menschen, ist keine soziale Betreuun
da. Die zwei Sozialarbeiter im Astoria sind offiziell eigentlic
nur für die Betreuung der Bewohner des Astoria. Und die Stad
Göttingen hat jahrelang diese Gruppe von Menschen ohne Betreuun
gelassen. Diese Lücke haben wir vom Astoria ja zum Teil
schließen geschafft, aber langfristig geht das nicht.
Martin: Wenn wir die Arbeit nicht fortführen würden, würden wi
die Politik der Abschottung und Ausgrenzung unterstützen. Ic
gebe nur mal ein Beispiel: Es handelt sich um einen Inder, de
seit sechs Jahren hier als Flüchtling lebt. Er ist zwischenzeit
lich schwer krank geworden, mußte erst stationär, später ambular
behandelt werden, so daß er dann irgendwann sechs Jahre hier war
Und dann sollte er abgeschoben werden. Wir haben dann gegen sein
Abschiebung aus verschiedenen Gründen eine Petition an den nie
dersächsischen Landtag geschickt, u.a., weil seine Krankheit i
seinem Land nicht behandelbar ist. Nach sechs Monaten wurde di
Petition abgelehnt, und er kriegte von der Stadt Göttingen ein
Aufforderung, innerhalb von zwei Wochen zu verschwinden. Inzwi
schen kam dann die Koalitionsvereinbarung, daß Leute, die länge
hier sind als 5 Jahre, eine Aufenthaltserlaubnis kriegen. Wi
haben dann wieder alles in Bewegung gesetzt, ja, und der gu
Mann wird jetzt eine Aufenthaltsgenehmigung erhalten.
Und ich wette, auf den Dörfern gibt es viele Leute, denen so ei
Abschiebung widerfährt, obwohl sie noch Möglichkeiten dageg
gehabt hätten, sowohl rechtliche als auch andere. Es ist nur nie
mand da, der sie aufklärt, solidarisch mit ihnen ist.
Anwar: Unsere Arbeit ist eben nicht nur politische Arbeit. S
ist auch eine pädagogische Arbeit, eine soziale Betreuungsarbei
die zum großen Teil auch alltägliche Probleme zu lösen hat.
solchen Situationen kann ich dann nicht mit weltpolitischen E
klärungen kommen, da ist dann die Grenze.
Martin: Aber unsere Arbeit kollidiert immer mehr mit den polit
schen, mit den gesetzlichen Rahmenbedingungen. Ab Januar ist z.
Obdachlosigkeit oder Sozialhilfebezug ein Kriterium für die Au
weisung. Diese Probleme müssen wir dann vor Ort lösen.
Matthias: Andererseits glaube ich, daß wir die Koalitionsverei
barungen einigermaßen ernst nehmen können, daß der politisc
Wille dahintersteckt, die Flüchtlinge vernünftig zu behandel
Das eröffnet uns auch, gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassism
was zu tun, nämlich mit den Flüchtlingen in die Öffentlichkei
in die Schulklassen, in die Kirchengemeinden, in die Sportve
eine zu gehen. Dort machen wir Völkerverständigung auf einer ga
kleinen Ebene, auf der einzig wirksamen, jedenfalls nach unser
Erfahrung. Und wenn das politisch gewollt ist, dann müßte gera
aus diesem Grund die direkte Arbeit mit Flüchtlingen, die direk
Arbeit zur Verbindung von Deutschen und Ausländern auch zu ein
größeren praktischen Unterstützung für die Flüchtlinge führen.

FRAGE: WELCHE ERFAHRUNGEN MACHT IHR MIT DER DEUTSCHEN 'NORMALBEVÖLKERUNG'?

Matthias: Wenn wir in Schulklassen gehen und wenn wir da zu zwe
sind, ein Deutscher, der sich mit den gesetzlichen Regelung
auskennt, und ein Flüchtling, der aus seiner eigenen Betroffe
heit seine Situation plastisch schildern kann, dann habe ich e
gentlich nur positive Erfahrungen gemacht.
Mit Joao, einem Ghanesen, waren wir mehrfach in der IGS. Ei
Klasse, in der wir waren, hat danach ihren Lehrer lange gel
chert, Joao nochmal einzuladen, damit er ihnen mehr aus Gha
erzählt, wie er aufgewachsen ist usw. Solche Erfahrungen mac
man relativ häufig.
Mit der normalen Öffentlichkeit ist es etwas ganz anderes.
Martin: Als das Astoria 1982 als Sammellager eingerichtet wo

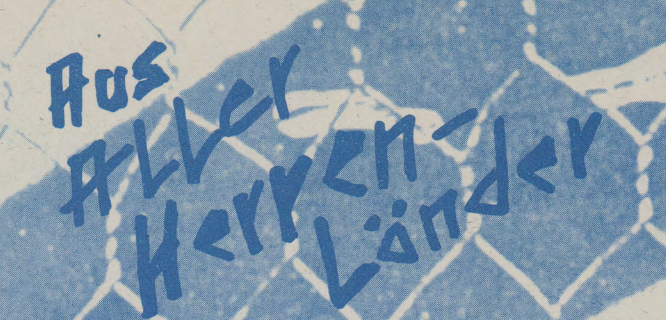
den wwar, kamen viele Einzelpersonen, die aus einem humanistischen oder kirchlichen Selbstverständnis heraus helfen wollten. Anfangs fanden wir das auch ganz gut, bis wir merkten, daß das auf einer Schiene läuft "mein Flüchtling", so im kolonialen Stil. Wenn der Flüchtling dann nicht so pflegeleicht war, weil er eben auch viele Probleme hatte, wurde dieser Kontakt abgebrochen. Das hat für viele Flüchtlinge damals wahnsinnige Frustrationen gebracht.
Wir haben dann verstärkt Öffentlichkeitsarbeit gemacht, vor allem in Schulen und größeren Gruppen, weil wir gemerkt haben, daß die Informationen über Flüchtlingsschicksale, über die Hintergründe, über die gesetzliche Situation völlig katastrophal waren. Oder geprägt von der Bild-Zeitung, ich erinnere mich an die Sommerkampagne "Asylantenschwemme", "Asylschmarotzer", das war jedem ein Begriff und oft auch gängige Meinung. Die konnte dann aber relativ schnell über eine sachliche Information relativiert werden...

FRAGE: HAT DIE HETZE NICHT AUCH BEI VIELEN DURCHGESCHLAGEN?

Martin: In weiten Bereichen hat das auf jeden Fall voll durchgeschlagen, ja. In den Diskussionen kamen zwei Dinge immer ganz deutlich raus: Arbeitslosigkeit und Wohnungsmangel sind Schuld der Ausländer. Wenn die weggehen, ist das Problem vom Tisch. Das ist gängige Meinung.
Durch die studentische Bevölkerung gab es in Göttingen immer auch eine etwas weltoffenere Einstellung. Das hat sich seit 1985, 86 geändert. Viele Bewohner des Astoria steigen z.B. seitdem nicht mehr direkt vor dem Haus aus dem Bus, sondern zwei Stationen vorher oder später, weil sie dem Klischee des schmarotzenden und kriminellen Asylbewerbers entgehen wollen.
Und klar, es gibt auch verstärkt Angriffe, vor allem nachts, auf die Flüchtlinge.
Diese Verbindung des politisch Gewollten, durch die Medien Lancierten wurde Mitte letzten Jahres ganz deutlich. Kohl und andere hatten vorher ständig betont, das Boot ist voll, wir können niemand mehr aufnehmen. Auf einmal hieß es dann, für uns, eine der reichsten Industrienationen der Welt, dürfte es doch kein Problem sein, 500.000 deutschstämmige Aus- und Übersiedler zu integrieren. Das war vorher immer unser Argument, Flüchtlinge aufzunehmen.
Matthias: Zu diesem "Wirtschaftsasylantenargument": Der Kohl hat Ende letzten Jahres eine Rede gehalten, daß es sehr wohl politische Gründe sind, wenn man aus einer wirtschaftlichen Motivation heraus flieht. Die ganzen Argumente wurden in diesem Zusammenhang umgedreht. Viele von den Flüchtlingen, die anerkannt sind und eigentlich einen sicheren Status haben, sitzen schon auf gepackten Koffern und suchen andere Alternativen.

FRAGE: WAS WAREN DENN EURE GEFÜHLE ANGESICHTS DIESER SITUATION?

Martin: Ohnmächtige Wut. Das ist so: Die Flüchtlinge sind das letzte Glied in der Kette und die haben keine Lobby. Die politische Moral ist doch höchst zweifelhaft, wenn in Richtung DDR das Selbstbestimmungsrecht der Menschen und Völker eingefordert wird, und man den Ausländern, die seit 15, 20 Jahren hier leben. die simpelsten demokratischen Rechte verweigert. Die Tendenz ist eindeutig und klar. Das ist ein nationaler Taumel und parallel dazu eine Ausgrenzung von Ausländern. Politisch gewollt und gesponsort.
Anwar: Ausländerfeindlichkeit gab es eigentlich immer, aber jetzt wird sie offen und durch gezielte Politik verstärkt, seit die CDU an der Regierung ist. Wenn ein einfacher Mensch jahrelang die Bild-Zeitung liest, jahrelang falsche Fakten liest, "Ausländer und Flüchtlinge nehmen unsere Arbeitsplätze weg", da glaubt er irgendwann selber dran. Daß Flüchtlinge 5 Jahre Arbeitsverbot haben, das wird natürlich nicht gesagt, das wissen auch die Schüler nicht, wenn wir in die Schulklassen gehen. Wenn wir das erzählen, kommt "Was?Wieso?5 Jahre?". Das ist gezielte Politik, und irgendwann kriegen die Republikaner dann 7 Prozent in Berlin.
Diese Ausländerfeindlichkeit basiert zum großen Teil auf Vorurteilen, die gar nicht stimmen.



Frauen auf der Flucht

80-90% der weltweit Flüchtenden sin Frauen und Kinder, dies geht aus den Angaben des Unokommisariats zu Flüchtlingen hervor. Sie flüchten vor sexueller und politischer Verfolgung, vor ²hunger und Armut und vor kriegerischer Auseinandersetzung, die durch die patriarchale, imperialistische Umstrukturierung ihres traditionellen Lebensraumes hervorgerufen werden.
Ihr Lebensraum ist es, der als erstes von dieser Politik zerstört wurde und wird - mit handfester Unterstützung des Patriarchats im eigenen Land.
Sie sind von der Isolation, in die weltweit Menschen auf der Flucht und im neuen Lebensraum gedrängt werden, am härtesten betroffen. Sie tragen die Hauptverantwortung für die Ernährung und Erziehung der Kinder, für Pflege alter und kranker Menschen und für die aufopfernde "Liebesarbeit" für den Ehemann und Geliebten. Die Frau wird durch die patriarchale Gesellschaftsstruktur auf die Rolle der Reproduzierenden festgelegt und verfügt über weniger öffentlichen Raum.
Männer auf der Flucht stehen immer noch über den Frauen und können im Allgemeinen leichter irgendwo Arbeit finden, obwohl ihre Lage auch schon beschissen genug ist.
Frauen sind auf der Flucht der sexuellen Gewalt und Diskriminierung der Männer und Verfolger ausgesetzt: ob in ihrem Alltag, auf den Fluchtwegen, in den Flüchtlingslagern, im Krieg, im Asylaufnahmeverfahren, in ihrem Leben im Exil.
Es gibt für Frauen keine Situation, in der die Gewalt gegen sie nicht auch frauenspezifisch ist.
Die Herrschaft, die die Männer selbstherrlich weltweit über Frauen ausüben, wird besonders über die männliche Sexualität durchgedrückt. Die Frauen sollen in frauenspezifischen Rollen und dem Manne verfügbar bleiben. Von sozialer Diskriminierung bis zur Vergewaltigung sind sie dem perversen Chauvinismus der Männer ausgesetzt - In jeder bestehenden Gesellschaft.

In diesem Artikel soll es darum gehen, einige Informationen über die Fluchtsituation von Frauen zu liefern. Wir beschreiben im folgenden Strukturen sexueller und politischer Verfolgung. Diese allgemeinen Strukturen sollen das Ausmaß der Verfolgung und ihre Dimension vor Augen führen. Wir verzichten dabei bewußt auf die Beschreibung der sexuellen Folter, um den Bildern keinen Raum zu geben. Den Schwerpunkt der Betrachtung haben wir auf die besondere Situation von Frauen gelegt, die der direkten Verfolgung durch die Staatsmacht, den Terrorgruppen und Männern...ausgesetzt sind.

+ Frauen werden genauso wie Männer politisch verfolgt. Doch die Gewalt und Verfolgung, die Frauen erfahren, besitzt immer noch eine andere Dimension, die aus der sexistischen Wirklichkeit resultiert und vom herrschenden Politikbegriff nicht als politisch verstanden wird.
Es wird nicht nur ihre politische Arbeit verfolgt, sondern auch ihr eindringen in die Männerdomäne Politik.
Die Art der Folter, der sie bei der Gefangennahme und bei Verhören ausgesetzt sind, ist fast immer direkte sexuelle Gewalt. Sie bedeutet viele Vergewaltigungen, durch die sie zusätzlich als Frau erniedrigt werden sollen.

+ Frauen werden oft als Ehefrauen, Mütter und Schwestern von verfolgten Männern festgenommen, gefoltert und vergewaltigt. Sie werden als Geiseln funktionalisiert, um an Informationen heranzukommen, den Mann unter Druck zu setzen oder die Gruppe, der sie angehört, zu verletzen. Die Frau selbst ist nur Objekt. Frauen sind um so mehr Vergewaltigungen und Mißbrauch ausgesetzt, je mehr sie die Ehre des Mannes verkörpern und der Mann sie zu schützen hat. Um den Mann/die Gruppe zu treffen, wird die Frau vergewaltigt - dies ist von den Verfolgern auch immer beabsichtigt. Das gilt im besonderen für verfolgte ethnische und religiöse Gruppen mit stremgen Verhaltenskodex. Den Frauen droht nach der erlittenen sexuellen Mißhandlung, wenn sie bekannt wird, in der Regel die Ächtung durch die eigene Gruppe, Gruppenausschluß oder die Aufforderung zum Selbstmord durch die Gruppenangehörigen.
Wieder ist die Frau eine doppelt Verfolgte: Als Angehörige einer politischen, ethnischen oder religiösen Gruppe, und als Frau, die sexistischer Verfolgung der "fremden" und "eigenen" Männer unterliegt.

+ Der Sexismus ist am deutlichsten sichtbar, wenn **es speziell** für Frauen aufgestellte Regeln und Normen gibt, bei **deren Verstoß** sie mit direkten Strafen und Verfolgung zu rechnen haben.

Wenn die Frauen vor diesen aufgestellten Regeln und Normen flüchten, kommen sie vom Regen in die Traufe: Die sexistische Verfolgung - nach "anderen" Regeln und Normen - hört auch im Asylland nicht auf.

In der nächsten Ausgabe wird der Artikel **Frauen auf der Flucht** fortgesetzt.

Gefängnis Frankenthal 10. Sept. 1988

Jetzt kenne ich die Designer der H-Blocks
nichts anderes als ein vierstöckiges Long Kesh steht hier
moderne Kunst während des Hofgangs
als Abwechslung zum militärisch gewellten Walzblech
das meine Genossen zu Hause langweilt.

Die Schließer sind nicht sektiererisch, zum Glück
es ist menschlicher hier, sicherlich
es sei denn du bist schwarz, das heißt braun, kurdisch oder
jugoslawisch
dann ist es nur ein Euro-Long Kesh
mit dem gleichen Haß und den gleichen sarkastischen Bemerkungen

Mein Genosse Gerry und ich müssen jeden Tag Handschellen tragen
und ein sschärferes Haftstatut ertragen
doch das scheint noch davon übertroffen zu werden, nicht-weißer
Ausländer zu sein
angesichts der blöden Schließer und ihrem Blick der
"überlegenen Rasse"

Ich kann nur die vier Stockwerke gegenüber sehen
und dies würde in den Blocks viel Spaß bedeuten
aber das hier ist nur eine internationale Müllkippe
mit vielen Einsamen und traurigen Gesichtern
ha! und tausend Radios in 30 Sprachen, wer braucht da ein Radio

Wie erwartet sehe ich kaum weiße Gesichter
schreien in meine Zelle hallo, in Worten die ich nicht einmal
verstehe und das tun bedeutet Bunker riskieren
es sind die Unterdrückten, die hier grüßen
und seit ich hier bin habe ich gelernt: " es war einmal, da
gab es" palästinensische, kurdische Gesetze.
Mein Gefühl zum nationalen Kampf zu Hause wird kalt,
wennich in das Gesicht des internationalen Imperialismus starre.

TERMINE

EA (ERMITTLUNGSAUSSCHUSS) IM JUZI :
MONTAGS AB 18.000 UHR

MAHNWACHE AM 17.9. UM 18.30 UHR TREFFEN AM MARKT

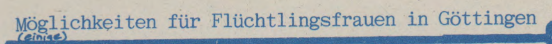
ANTIFA-PLENUM IM JUZI: MONTAGS UM 19.00 UHR

ANTIFA-CAFE IM JUZI JEDEN MITTWOCH AB 15.00 UHR

ÄNDERUNG: FRAUEN- UND LESBENZENTRUM ANTIFAPLENUM JEDEN FREITAG VOR DEM 17. DES MONATS UM 20.00 UHR
INFOS KÖNNEN ABGEGEBEN WERDEN: JEDEN DIENSTAG, AB 15.00 UHR IM CAFE

AM 14.10.90 FINDET UM 20.00 UHR IM JUNGEN THEATER EINE VERANSTALTUNG DER BÜRGER GEGEN RECHTSEXTREMISMUS UND GEWALT STATT. DABEI GEHT ES UM:
- BERICHT VON DER MAHNWACHE
- INFOS ZU ALLEN PROZESSEN IM ZUSAMMENHANG MIT CONNIS TOD
- AUGENZEUGENBERICHTE
- STAND DER JURISTISCHEN AUSEINANDERSETZUNGEN

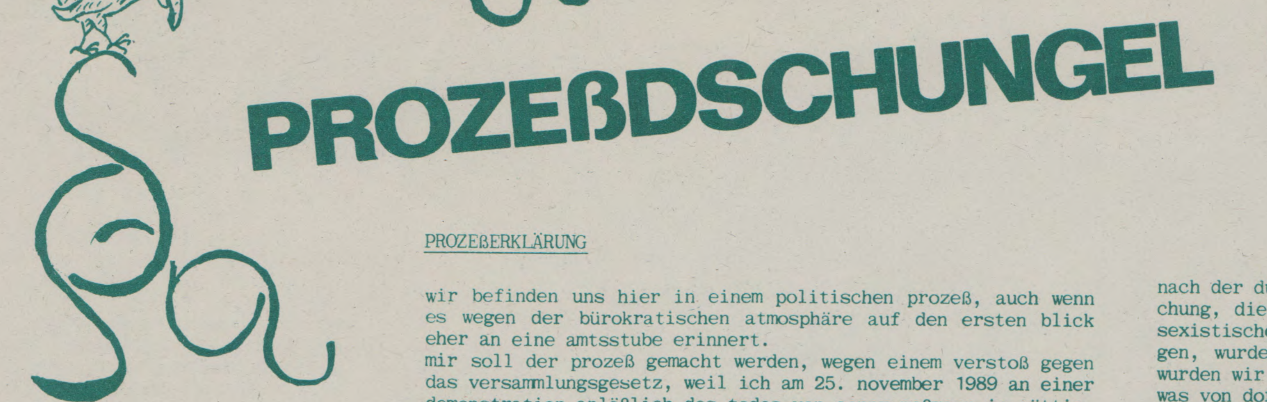
Möglichkeiten für Flüchtlingsfrauen in Göttingen
(einige)



Seit März 89 besteht eine Frauenteestube (Mittwoch nachmittags) in der KSG, Kurze Straße) und ab August 89 die Beratungsstelle des göttinger Arbeitskreises zur Unterstützung von Asylsuchenden. Zunehmend wird das Büro des Ausländerbeirats, das von einer Frau besetzt ist, von Flüchtlingsfrauen aufgesucht. Da der Ausländerbeirat aber im komunalpolitischen Bereich tätig ist, kann eine Beratung nur im geringen Umfang angeboten werden.




DARSTELLUNG DER ANTIFA-GRUPPE DES FRAUEN-UND LESBENZENTRUMS
Wir, eine Gruppe von 13 Frauen aus den unterschiedlichsten Lebenszusammenhängen und mit differenten Politikverständnis arbeiten seit circa einem dreiviertel Jahr zum Thema Faschismus. Eine Schwerpunkt bildet der Zusammenhang von Frauen und Faschismus Dabei haben wir zunächst versucht, uns einem eigenen Faschismusbegriff zu nähern. Im weiteren haben wir uns mit der Geschicht des deutschen Faschismus beschäftigt. Die geschah sowohl in For von Referaten als auch über gemeinsame Textarbeit und Diskussion Ziel ist unseren Weg bezüglich einer feministischen Antifa-Arbei zu finden. Wir versuchen also, die allgemeine wie auch die persönliche Ebene zu erfassen, d.h. neben einem gesellschaftliche Bezug auch die eigenen faschistoiden Tendenzen zu ergründen. I Augenblick beschäftigen wir uns verstärkt mit dem Thema Rassismus Neben dieser theoretischen Ebene wollen wir langfristig auch ein praxisbezogene, d.h. gemeinsam Aktionen machen.
Im Moment beschäftigen wir uns mit diesen themenbezogenen Inhalten auch mit unseren Gruppenstrukturen. Diese Auseinandersetzun wurde nötig, da sich die Zahl der mitarbeitenden Frauen ziemlic vergrößert hat. Aus diesem Grund haben wir auch vorerst beschlossen, die Gruppe "zuzumachen". Langfristig wollen wir jedoc offenere Strukturen, d.h. wieder neue Frauen aufnehmen.
Zudem würden wir uns wünschen - vielleicht auch über diese Artikel- mit anderen Antifa-Gruppen in Kontakt zu kommen.
Wir treffen uns z.Zt. 14-tägig im Frauen- und Lesbenzentru (demnächst wahrscheinlich einmal pro Woche). Darüber hinaus habe wir bisher ein "Wochendseminar" zwecks intensiverem Arbeiten u besserem Kennnenlernen gemacht. Diese Form fand bei allen Fraue Anklang und wir werden wohl auch noch öfter zusammen "verreisen".
Soviel zu unserer Gruppe. Eine intensivere inhaltliche Auseinandersetzung wollen wir hier, an dieser Stelle im Augenbli nicht.
Wir melden uns wieder!!!



PROZEßDSCHUNGEL

Abgelaufene Prozesse

Prozeß gegen Marita am 19.7.90

Verfahren mit gefälschten Beweisstücken ?!!

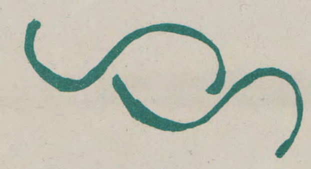
Der Prozeß gegen Marita aus BS am 19.7.90 tanzte nicht nur wegen des Freispruchs für Marita aus der Reihe der bisherigen Verfahren, die von der Staatsschmutzseite gegen GenossInnen wegen der Vorkontrollen zur 25.11.-Demo inszeniert wurden.
Allein über die erheiternde Vorstellung, die der Bullenzeuge Michael aus dem Landkreis Peine den ProzeßteilnehmerInnen und -beobachterInnen bot, sollte eigentlich mal ein extra Kabarettstück geschrieben werden. Der "Ärmste", der sonst immer im 'Zentrum des Geschehens' tätig ist, durfte doch am 25.11. wirklich 'nur' die bei den Vorkontrollen beschlagnahmten Gegenstände registrieren und mußte sie dann auch noch auf irgendeiner blöden Bullenwache stundenlang bewachen. Aber des war nur eine Randposse des gut 30minütigen Prozesses. Aus dem Auto, mit dem Marita am 25.11. mit anderen zusammen zur Demo fuhr, waren eine Wagenheberstange und ein Hammer beschlagnahmt worden. Diese beiden Gegenstände, die ja wohl so ziemlich jedeR AutofahrerIn im Fahrzeug hat, waren zumindest auf der Marita ausgehändigten Durchschrift des Beschlagnahmeprotokolles verzeichnet. Merkwürdigerweise tauchten auf dem Original des Protokolles, welches sich in der Anklageschrift befand, dann noch die beiden Gegenstände Sturmhaube und Schienbeinschützer auf. Daß diese Gegenstände nachträglich eingefügt worden waren, war selbst für die nach eigener Aussage nicht sachverständigen Laien Richter Kracke und Staatsanwalt Heimgärtner deutlich erkennbar (leichte Nuancen bei der Kulifarbe, leichte Unterschiede bei der Handschrift, nicht durchgängige Bezifferung der aufgelisteten Gegenstände). Ist es da noch verwunderlich, daß ProzeßbeobachterInnen vom Staatsanwalt während dessen Plädoyer lautstark Ermittlungen wegen Urkundenfälschungen forderten ?!
Es ist ziemlich offensichtlich, daß es nur durch die nachträglich eingefügten Gegenstände überhaupt erst zur Anklage gegen Marita gekommen ist, und wir können uns gut vorstellen, daß die Staatsschmutzseite auch weiterhin mit solchen Schweinereien arbeitet, in der Hoffnung, daß die Leute schon nicht soo genau hingucken, und es ihnen nicht auffällt, daß irgendwelche angeblichen Beweisstücke gefälscht sind. Also, Augen auf, und lieber 3 Mal zuviel hingucken als einmal zu wenig !!!

PROZEßERKLÄRUNG

wir befinden uns hier in einem politischen prozeß, auch wenn es wegen der bürokratischen atmosphäre auf den ersten blick eher an eine amtsstube erinnert.
mir soll der prozeß gemacht werden, wegen einem verstoß gegen das versammlungsgesetz, weil ich am 25. november 1989 an einer demonstration anläßlich des todes von conny weßmann in göttingen teilnehmen wollte. daß ich eine sturmhaube, ein cs-gas und schienbeinschützer bei mir trug, soll also der verstoß sein. ein verstoß gegen ein gesetz, daß den selbstschutz von demoteilnehmern und -teilnehmerinnen unmöglich machen, und sie der kontrolle und willkür der deutschen polizei ausliefern soll.ein gesetz - in den letzten jahren auf passive bewaffnung und vermummung erweitert - ,das sicherstellen soll, demos als wandernden gefangenentransprt vorzuführen.
der anlaß einer demonstration soll am besten ganz dahinter verschwinden.
dies trifft auch für die demo am 25.11.89 in göttingen zu. mußte die polizei schon schlucken, daß der tod von conny nicht stillschweigend hingenommen wurde, so sorgte sie zumindest dafür, daß die zehntausende, die aus der ganzen brd zu dieser demo anreisten, sich der prozedur penibler durchsuchungen unterziehen mußten.
solche demonstrationen, bei denen einige hundert leute in vorkontrollen aufgehalten und stundenlang in irgendwelchen revieren "verwahrt" werden, bei denen polizeieinheiten den sammlungsort hermetisch abriegeln, als handele es sich um hochsicherheitsgebiet, und marschiert die demo dann, wird sie von grünen kampfmaschinen begleitet, von denen nur helm, schild und brustpanzer zu sehen ist, und die immer wieder einfach in die menge knüppeln, immer gefilmt und abphotographiert von polizeilichen dokumentationstrupps, solche demos gehören längst zum normalen bild in der politischen landschaft [redacted] der brd.
so kurz nach dem fall der mauer hätten die insassen der trabis, die die bundesstraße 27 in göttingen schon massenhaft passierten, beinahe eine massenkarambolage fabriziert angesichts des martialischen aufgebots an der polizeilichen kontrollstelle. die einsatzkräfte vor ort ließ das kalt. hellhörig wurden sie allerdings, als sie unsere personalien überprüften, und sofort das kommando "festnehmen" erschallte.
völlig lächerlich im verhältnis zu dieser polizeitaktik - die noch nie gegenstand eines prozesses war - die beschlagnahmten schienbeinschützer, aber anlaß genug, um mir einen prozeß zu machen.
ein weiteres verfahren gegen den fahrer unseres wagens steht noch aus; in seiner anklageschrift wird sogar offen bezug darauf genommen, daß er bereits polizeibekannt sei.
daß das interesse an diesem prozeß von seiten der sogenannten sicherheitsbehörden nicht nur in meiner person begründet sein kann, ist offensichtlich. seit dem fall der mauer schwappt die nationalistische und chauvinistische woge, nämlich die seit jahrzenten staatlich betriebene ausländerInnenfeindlichkeit über. die verschärfung des sogenannnten ausländergesetzes und die bekämpfung antifaschistischer handlungen fällt eng zusammen.

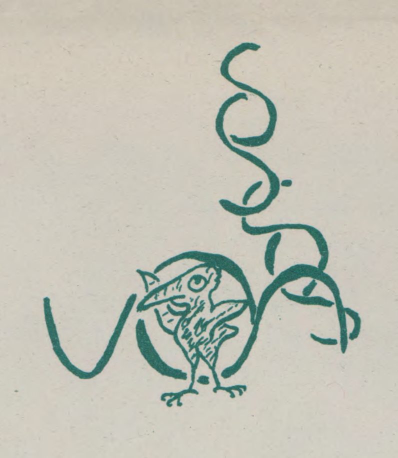
nach der durchsuchung des wagens und der körperlichen durchsuchung, die in einer bereitgestellten wanne stattfand, und der sexistische sprüche der männlichen polizeibeamten vorausgingen, wurden wir in eine polizeikaserne gebracht. bis 20 uhr wurden wir dort in einzelzellen festgehalten.
was von dort aus, also aus dem inneren des apparats zu vernehmeen war, ließ erahnen, daß die polizeitaktik an diesem tag keinen deut von ihrer gaängigen methode abwich: der einsatzleiter, der rumbrüllte und die truppen einwies, ein probelauf für die "psychologische tour", worauf eine horde polizisten wild mit knüppeln auf ihre schwarzen plastikschilder einhämmerte, schäferhunde, die für den einsatz auf demonstrantinnen und demonstranten scharfgemacht wurden...
jüngste ereignisse, z.b. daß nach der demo am 12.5. in frankfurt unter dem motto "nie wieder deutschland" eine frau mehrere wochen im krankenhaus bleiben mußte, weil der strahl des wasserwerfers die netzhaut an ihren augen abgelöst hat, und sie fast blind geworden wäre, zeigen, daß heute niemand ungeschützt an einer demo teilnehmen kann, ohne ernstliche verletzungen abzukriegen.
aber: der schutz vor knüppelschlägen oder der schutz vor der schnüffelei der polizei, wenn sie ganze demozüge reihe für reihe abfilmt, werden kriminalisiert.
dieses gericht scheut sich nicht, deshalb eine hauptverhandlung anzuberaumen. es scheut sich aber, denjenigen einen prozeß zu machen, die den tod von conny auf dem gewissen haben. oder: in frankfurt wird der fahrer des wasserwerfers, der günter sare überfahren hat, freigesprochen.
diese wehrhafte demokratie hat ihre eigene rechtsprechung.
conny weßmann, günter sare, olaf ritzmann, klaus-jürgen rattay, benno ohnesorg, phillip müller und all die unbekannten männer und frauen, die durch deutsche polizei ihr leben lassen mußten.
aber: die befugnisse der polizei werden ausgebaut. in zukunft steht ihr ein ganzes arsenal von geheimdienstlichen mitteln zur verfügung. journalistInnen werden gezwungen, ihr film- und photomaterial herauszugeben, polizeiaufgabengesetze werden erweitert, sondermaßnahmen wie "vorbeugehaft" erlassen.
der sogenannten gewaltenteilung wird der schleier abgerissen und zum vorschei kommt die ungebrochene macht, die seit dem ns-faschismus die staats- und regierungsideologie der brd geprägt hat: antikommunismus, rassismus, sexismus und faschistische gesinnung. wer dies in diesem staat offen zutage bringt, wird belohnt. so ist der vorsitzende richter des oberlandesgerichts stuttgart, der aktuell den prozeß gegen luitgard hornstein in stuttgart-stammheim führt, berroth, bekannt geworden, weil er einem jugendlichen, der auf der straße gegen eine laterne getreten hat, einen bauchschuß verpaßte.
die scheinheiligheit, mit der diese demokratie osteuropa die "freiheit" bringen will, ist begleitet von nationalistischer und sexistischer repression nach innen. frauen jeder nationalität haben diesen druck schon immer zu spüren bekommen, und er wird noch zunehmen. körperliche und verbale angriffe, sobald wir einen fuß vor die tür setzen, und oft genug schon vorher. mann will über uns verfügen, da bricht sie wieder hervor: die mentalität der herrenmenschen.
es hat keinen sinn, die ständigen übergriffe und die selbstverständlichkeit, mit der männer frauen bedrohen, einem männlich besetzten gericht zu erklären. dieser konflikt wird nicht in einem gerichtssaal entschieden, sondern von den frauen, die sich dagegen wehren. cs-gas ist ein verteidigungsmittel und bleibt es auch, solange das gewaltverhältnis von männern zu frauen besteht.

andrea, 18.6.90

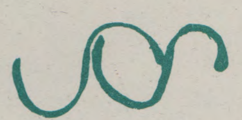


Der letzte Prozeß wegen der Demo nach der Abfackelung des Hungerstreiktransparentes am JuZI (89), endete mit der Verknackung der beiden angeklagten Frauen wegen Landfriedensbruch zu 30 Tagessätzen a 20,- bzw. 17,- DM.

Am 11. Juni wurde der Prozeß gegen den Menschen der angeklagt war, bei der Räumung der Mahnwache am 20.11.89 einen angeblichen schweren Eingriff in den Straßenverkehr begangen zu haben, gegen Zahlung von 500,- DM eingestellt.







Am 2.10.90, 10.30 Uhr, Zimmer 182 (Gericht), findet der nächste Prozeß anläßlich der Demo am 25.11.89 statt. Wie bei den bisherigen Verfahren aucn, wurde Andreas aus Frankfurt bei den Vorkontrollen von den Bullen abgegriffen. Jetzt soll inm der Prozeß wegen angeblichen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz gemacht werden.

GÖTTINGEN, SEPTEMBER 90
12.11.90,9Uhr,Landgericht. Prozeß gegen 4 Antifas ("Die Daltons"; ausführlicher Bericht nächste Seite).

Der für Anfang September angekündigte Prozeß gegen die AntifaschistInnen aus Karlsruhe ist auf Oktober verscnoben worden.



Polaceks Mordversuch - Nachspiel

Zur Erinnerung: Am 14.7.90. waren 4 Antifaschisten von Karl Polacek und Oliver Simon in Mackenrode mit Leuchtspur und mit einer Axt angegriffen worden. Eine der Frauen war von Karl Polacek mit der Axt auf den Kopf geschlagen worden. da sie den Schlag mit dem Arm abwehrte, erlitt sie "nur" eine Schnittverletzung auf der Stirn.
Dieser Angriff war eindeutig ein Mordversuch!
Bei der darauffolgenden Demo in Mackenrode hatten die Bullen ohne Vorwarnung Gasgranaten in die Menge geworfen. Polacek war kurzzeitig festgenommen und verhört worden, aber am selben Tag wieder auf freiem Fuß.

Am Fr.den 20.7. haben die von dem Angriff betroffenen Antifaschistinnen einen Termin bei Staatsanwalt Heimgärtner gehabt. Er gab an, er wolle Polacek in U-Haft stecken. Dieses könne er jedoch nur, wenn die Aussagen der 4 Frauen den Verdacht des "versuchten Totschlags" würden. Die Aussicht auf eine sofortige Verhaftungs Polaceks veranlaßte die vier, in Anwesenheit ihres Anwalts Aussagen zu dem Vorfall zu machen. Das ist nun schon 7 Wochen her, und auch nach mehrfachen Rückfragen hat sich in dem Fall absolut nichts getan. Wie sich für uns gezeigt hat, waren die vorschnellen Aussagen und das relativ große Hoffen auf das Vorgehen des Staatsanwalts ein Fehler (wieso hätte es auch diesmal anders sein sollen?).Nur ein Beispiel: Nachdem Sebastian im Anschluß an die Demo vom 25.11. 89 von einem Skinhead niedergestochen worden war, gingen die Bullen und Heimgärtner -der sich ja damit brüstet "die Rechten in die Schranken weisen" zu wollen- Hinweisen auf den Täter erst sehr spät und nur sehr halbherzig nach). Die betroffenen Antifaschistinnen haben darauf vertraut, daß ihre Aussagen dazu führen würden, diesen Faschisten von der Bildfläche verschwinden zu lassen. Aber, wie schon erwähnt -ein großer Irrtum, weil überhaupt nichts passierte. Das heißt - oder gerade doch: Von Oliver Simon sind seit dem 14.7. mehrere Vorfälle bekannt, bei denen er Leute bedroht und angegriffen hat; u.a. attackierte er dreimal Menschen mit einem Messer, sprühte beit einem anderen Vorfall einer Person Acetonkleber in die Augen, worauf diese ärztlich behandelt werden mußte. Zumindest bei dieser Gelegenheit wurde Simon von den Bullen kontrolliert- was aber ohne Folgen blieb. Daran zeigt sich wie wenig laufende Ermittlungen die Faschisten von weiteren Aktivtäten abschreckt. Von Seiten der Justiz wiederrum besteht auch nach den Erfahrungen mit dem Faschisten Heise keinerlei Interesse, sie in U-Haft zu stecken. Es ist wahrscheinlich, daß die Anklage nicht auf versuchten Totschlag, sondern auf schwere Körperverletzung oder weiß der (Heim-)geier wie lauten wird. Die Frauen hatten daran überlegt, als Nebenklägerinnen aufzutreten, um während des Prozesses handlungsfähiger zu sein, d.h. während der ganzen Prozeßdauer anwesend zu sein, Beweißanträge stellen zu können und beim Kreuzverhör durch Polaceks Verteidigung nicht ohne juristischen Beistand zu sein. Nach den letzten Wochen (der Nicht-Verhaftung von Polacek und Simon) ist das nun nicht mehr so klar. Es stellt sich die Frage wieviel Sinn es machen würde, in dem Prozeß gegen Polacek (und evtl. Simon) als Nebenklägerinnen aufzutreten und somit erst recht einen Part bei der zu erwartenden Farce zu übernehmen. Die Einschätzungen waren und sind bei uns zum Teil verschieden. Während einige die Hoffnung haben, daß Polacek jetzt einfährt, schätzen andere es so ein, daß er zu einer Geldstrafe verknackt wird. Wir sind am überlegen, was wir mit dem Prozeß erreichen können - sei es durch Öffentlichkeitsarbeit, sei es indem wir als Nebenklägerinnen oder als Zeuginnen auftreten - auch wenn er eine Farce ist.



Seit drei Jahren ist Wunsiedel an jedem 17./18.8. Wallfahrtsort von neuen und alten Nazis aus der BRD und dem benachbarten Ausland. Auf dem städtischen Friedhof liegt der ehemalige Hitlerstellvertreter Rudolf Heß begraben, der am 17.August 87 nach jahrzehntelanger Haft im Spandauer Kriegsverbrechergefängnis in Berlin Selbstmord beging. Waren es 1988 nur etwa 150 Nazis, so verdoppelte sich die Teilnehmerzahl des "Gedenkmarsches für Rudolf Heß" im darauffolgenden Jahr auf 350 Nazis Unter ihnen die gesamte Faschoprominenz von FAP, NF, und Mitglieder der faschistischen "Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung". Im Zusammenhang mit der bevorstehenden "Vereinigung" von BRD und DDR und dem enormen Zuwachs der Fascho-Szene durch Nazis aus der DDR, kündigte Hauptmobilisator Kühnen den Aufmarsch in Wunsiedel als die "größte Veranstaltung" der nationalen Rechten an. Auch Thorsten Heise, ehemaliger FAP-Landesvorsitzender Niedersachsens und flüchtiger Angeklagter wegen versuchten Totschlages, blieb nicht untätig. Während in der DDR in den vergangenen Monaten auf Aussteiger der RAF eine illegale Hetzjagd durch das BKA (Bundeskriminalamt) stattfand, reiste Thorsten Heise nach seinem Abtauchen, zur Faschoprominenz aufgestiegen, mit einer organisierten Mobilisierungstour zu Wunsiedel durch Thüringen und Sachsen (TAZ, 14.8.90), das alles völlig unbehelligt, obwohl der Göttinger Staatsanwaltschaft Heises Aufenthaltsort in der Nähe von Nordhausen bekannt ist (GT, 13.7.. 90).

HESSLICHE ZEITEN

BERICHT ZUM NAZI AUFMARSCH IN WUNSIEDEL UND ZUR ANTIFASCHISTISCHEN AKTION DAGEGEN



GÖTTINGEN GULCH CHRONICLE

Daltons bald auf freiem Fuß-der Westen zittert!

Die Daltons erneut vor Gericht

Seit einem halben Jahr schon kämpft der ehrenwerte Richter Wessel Lücke, unter Einsatz seiner Integrität um der Gerechtigkeit in Göttingen-Gulch zum Sieg zu verhelfen.

Recht und Ordnung, Sitte und Moral sowie das Wohl unserer Kinder sind, durch das ruchlose Treiben einer Bande von Desperados, auf`s Höchste gefährdet. So traf es am 14. 9. vergagenen Jahres einen Patrioten unseres Vaterlandes, der zuvor im heroischen Kampfe gegen die Roten sein Hauptharr opfern mußte, ein schändlicher und feiger Raubüberfall, der unter Einsatz brutalster Gewalt von statten ging. Nachdem er seiner mit patriotischen Orden und Abzeichen versehenen Uniformjacke beraubt und niedergeschossen worden war, gelang es ihm, von mehr als 100 Schüssen durchsiebt, sich mit letzter Kraft in die Rosdorf Avenue zu schleppen, um dort den zu Hilfe eilendem Sheriff und seinen Deputies zu Füßen in den Staub zu sinken. - Langsam senkte sich der dunkle Schleier der Nacht über Göttingen-Gulch.

Doch die Dunkelheit konnte den Gangstern diesmal nicht den erhofften Schutz bieten. Auf dem Rückzug in das finstere Räubernest **JuZI** schnappte die Falle von Sheriff **Evers** und seinen Deputies **Sikora** und **Wedekind** zu: Das Aufgebot der Gesetzeshüter stellte die Verbrecher, entwaffnete sie mit einer genialen Überrumpelungstaktik und brachte vier von ihnen noch in der selben Nacht hinter Schloß und Riegel.

Dort schmorten die Verbrecher in Einzelzellen bei Brot und Wasser und sahen ihrer Verurteilung durch das hohe Gericht von Göttingen-Gulch entgegen.

Kaum zu beschreiben war die Überraschung und Freude der Männer von Recht und Ordnung, als sie feststellten, daß ihnen nicht irgentwelche Banditen, sondern die gefürchteten Daltons ins Netz gegangen waren: Averell, William, Jack und Joe Dalton, langesuchte Desperados, die Schrecken des Westens, auf deren Ergreifung - tot oder lebendig ein immenses Kopfgeld ausgesetzt war.

Obwohl die unglaubliche, liberale Rechtssprechung die Ganoven alsbald auf freien Fuß gesetzt hatte, sollte schließlich am 8.4. 90 Recht und Gesetz in Göttingen-Gulch zur Geltung verholfen werden.

Aus Angst, von den finsteren Gefolgsleuten der Daltons vor dem Gerichtsgebäude von Göttingen-Gulch kurzerhands über den Haufen geschossen zu werden, blieb das inzwischen genesene Opfer der Verhandlung fern.

Die Geschworenen und die zahlreich erschienen Bürger unserer Stadt warteten vergebens darauf, daß seine Ehren Richter Lücke, mit aller Strenge des Gesetzes, das abscheuliche Verbrechen verurteilte und das lichtscheue Gesindel zum Steineklopfen ins Zuchthaus schicken würde.

Aus Verärgerung über die mangelnde Zevilcourage, sah sich Richter Lücke zunächst genötigt, den ferngebliebenen Zeugen mit einer saftigen Ordnungsstrafe zu mehr Fügungsbewußtsein gegenüber der Staatsautorität anzuhalten. Angesichts der Abgefeintheit und Niederträchtigkeit der Angeklagten und ihresgleichen, brachte er jedoch wenig später so viel Verständnis auf, daß er die ausgesprochene Strafe unter mitmenschlichem Bedauern zurücknahm.

Doch dieser nimmermüde Kämpfer für Sicherheit und Ordnung gab noch nicht auf. Allen Drohungen und Einschüterungsversuchen zum Trotz beraumte er ein neues Verfahren an, ließ alle Beteiligten vorführen .... und mußte feststellen, daß die höhnisch grinsenden Banditen und ihre zwielichtigen Winkeladvokaten es verstanden hatten, in Zwischenzeit mittels exessiven Terrors, Zeugen und Staatsanwaltschaft so unter Druck zu setzen, daß zum Entsetzen der anwesenden Bürger, ein Freispruch mangels Beweisen unausweichlich schien.

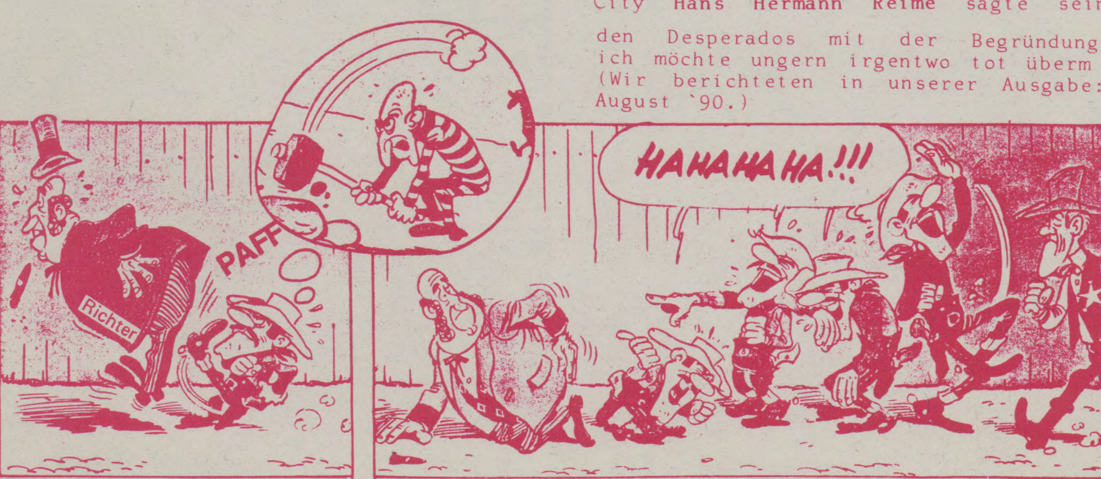
Zwar gelang es der Staatsanwaltschaft (Kai` n Schimmer) ans Tageslicht zu bringen, daß die Gangster den Überfall mit einem Gutlin-Gun Machinengewehr verübt hatten, doch so versicherten die Daltons, daß es sich bei dieser Tat nur um einen Unfall handeln könne und das Opfer wohl aus versehen in ein Übungsschießen von Kollegen geraten sein kann. Seine Kleidung sei ihm wohl abgenommen worden sein, um seine Wunden besser versorgen zu können. Aus unerklärlichen Gründen sei er in seinem Blute zum Sheriff gerobbt und hätte sie angeschwärzt. Das gaben die Daltons auf Grundlage ihrer langjährigen Berufserfahrung als wahrscheinlichsten Tathergang. - Solche vorfälle seien ihnen schon des öfteren zu Ohren gekommen. -

Offensichtlich aus Angst vor den Daltons schier blödsinnig, verstieg sich das Opfer zu der Behauptung mindestens eine Rothaut sei an dem Überfall beteiligt gewesen (an diesem Punkt breitete sich ein spöttisches Grinsen über die Visagen von Joe, Jack, William und Averell, ist es doch ein offenes Geheimnis, daß die Daltons mit den Rothäuten paktieren und ihnen im Austausch von Maschinengewehren Feuerwasser liefern).

Die Daltons als die Übeltäter zu identifizieren wagte der Zeuge jedoch nicht.

Währe es Richter Lücke nicht gelungen, mittels phsychologischem Fingerspitzengefühls das Opfer dazu zu bringen gegenüber Sheriff Evers im Vertrauen seine Aussage zu wiederrufen (..er schrie mehrmals halb wahnsinnig vor Angst - Sie warn`s, Sie warn`s, sorgt für meine Witwe !!!), und bestünde somit nicht die Hoffnung, daß in der von Richter Lücke so erzwungenen nächsten Verhandlung den fürchterlichen Vier, doch noch der Prozeß gemacht wird und sie am Galgen enden, wie es ihnen gebührt, so müßte der Westen erneut erzittern.

Um dieser Gefahr zu begegnen versucht der Marchel von Göttingen-Gulch Lother Will (born to kill) ein großes Aufgebot an aufrechten Kämpfern für Recht und Gesetz zusammenzutrommeln. Doch das ist kein Kinderspiel, die Angst vor den Desperados ist groß. Ein gestandener Deputy aus Braunschweig-City **Hans Hermann Reime** sagte seine Jagt nach den Desperados mit der Begründung ab: "Nein, ich möchte ungern irgentwo tot überm Zaun hängen." (Wir berichteten in unserer Ausgabe: GT vom 17. August `90.)



ZUR DEMO

Wunsiedel war weiträumig durch massive Bullensperren abgeriegelt. Zum Teil mit Maschinenpistolen bewaffnete BGSler und starke Kräfte der Bereitschaftspolizei durchsuchten Fahrzeuge potentieller AntifaschistInnen. Auf anreisende Nazis wurde zumeist mit Nachsicht reagiert, oft wurden vollbesetzte Fascho-Autos an den Bullensperren einfach durchgewunken.

Schon am Rande des Versammlungsortes der Gegendemo provozierten etwa 20 Faschos unter Bullenschutz die Antifas und gebärdeten sich vor den Objektiven zahlreich erschienender, nach Sensationsphotos hungernder Pressephotographen. Doch ihr Mackergehabe erlitt einen peinlichen Einbruch, als einige Antifas einem Nazi eine Reichskriegsfahne klauten und sie öffentlich verbrannten. Nach einer Stunde Verspätung, zahlreiche Antifas waren an den Bullensperren länger festgehalten worden, setzte sich der Demozug in Bewegung. Obwohl ein breites Bündnis von Grünen, Jusos, zahlreichen Initiativen und Organisationen bis hin zu autonomen Antifagruppen an der Mobilisierung zur Demo beteiligt waren, nahmen überwiegend autonome AntifaschistInnen an der Demo teil. 4000 Leute waren aus der ganzen BRD und der DDR gekommen, und die Stimmung war - weil wir doch mehr waren, als viele erwartet hatten - gut und kämpferisch. Bis auf vereinzelte Nazi-Provos während der Demo und einem lockeren Bullenspalier des schon durch brutale Knüppeleinsätze am Bauzaun der WAA bekannt gewordenen USK (Unterstützungs- und Sonderkommando) verlief die Demo ohne Zwischenfälle. Ganz Wunsiedel säumte während der Demo die Straßen, der von Vielen auch Sympathie entgegengebracht wurde. Die offizielle Demo endete mit einer Kundgebung, auf der ein V ertreter des Aktionsbündnisses eine Vertreterin einer autonomen Fantifa- Gruppe und ein ehemaliger Widerstandskämpfer und Gefangener des KZs Buchenwald Redebeiträge hielten. Danach wurde die Demo für beendet erklärt, aber für die meisten fing die Aktion jetzt erst an. Die Demo formierte sich wieder und entschlossen in Ketten und entsprechend lautstark gings in Richtung Treffpunkt der Nazis. Das versuchten die Bullen natürlich zu verhindern und versperrten der Demo den Weg. Dabei kam es in vielen Fällen zu ersten Rangeleien und Knüppeleinsätzen. Es gelang zwar, mehrere Bullensperren zu umlaufen, aber die Demo war insgesamt zu unflexibel und zu langsam (Viele waren auch schon einige Stunden in der Hitze unterwegs und müde), so daß es die Bullen schließlich schafften, uns ca. 500 Meter vor dem Fascho-Treffpunkt auf einer relativ großen Straße zu stoppen und schließlich einzukesseln. Ca. eine halbe Stunde später, als die Bullen die Einkesselung nach hinten hin aufgelockert hatten, wurden ca. zehn Faschos entdeckt, die die Demo beobachteten. Die Nazis, die sich in der Nähe der Bullen scheinbar ziemlich sicher wähnten, wurden schließlich von einer Gruppe Antifas angegriffen, verjagt und drei Nazis etwas verprügelt. Den Antifas gelang auch wieder der Rückzug in die Demo. Die Demo verharrte in dieser Situation der Unbeweglichkeit ca. eine Stunde, was natürlich an aller Kräfte zehrte. Die Einkesselung wurde dann schließlich von nugefähr 500-600 Antifas gebrochen, die sich seitlich eine Böschung hinunter zurück in die Stadt bewegten. Die Innenstadt von Wunsiedel ist ziemlich klein, aber durch die vielen Gassen und Gäßchen auch wiederum sehr unübersichtlich. Auf einer bergauf gelegenen Kreuzung entdeckten die Antifas dann einen Trupp von etwa 100 Nazis. Kaum Leute hatten jedoch Knüppel oder ähnliches durch die Bullensperren schleusen können und so diente ein Bretterzaun zur provisorischen Bewaffnung. Der Zaun wurde zerlegt und die Nazis angegriffen und mit Steinen beworfen. Die Nazis, die anscheinend die Bullensperren ohne Durchsuchung passieren konnten, waren mit Knüppeln, Messern, Gasknarren und Steinen bewaffnet. Unter den Nazis befand sich auch der Hamburger FAP-Funktionär Christian Worch. In der Situation, in der die Konfrontation unmittelbar bevorstand, griff ein USK-Schlägertrupp die Antifas von hinten an. Die Bullen trieben einen Keil in die Leute und knüppelten die Leute, sich schützend vor die Nazis stellend, zurück (siehe auch "Spiegel-TV"). In der Folge dieses Knüppeleinsatzes jagten die Bullen die Antifas durch die Stadt und splitteten die Demo auf: Es gab viele Verletzte und einige Festnahmen. Viele Antifas zogen es jetzt vor, zu ihren Autos zurückzugehen.

Ein Versuch der noch auf der Straße eingekesselten aus dem Kessel in Richtung Faschotreffen auszubrechen endete in einem brutalen Knüppeleinsatz der USK-Bullen, die wie wild mit ihren TonFas auf die ersten Reihen einschlugen. Später öffneten die Bullen den Kessel, und die Leute konnten ohne Personalien-Kontrollen zu den Autos zurückkehren.

Die beschriebenen Auseinandersetzungen mit den Bullen und den Nazis zogen sich über einen Zeitraum von ca. drei Stunden hin. Währenddessen sammelten sich die Nazis (Beginn für den angemeldeten Fascho-Aufmarsch war 16Uhr). Auf dem ,von den Bullen mit Absperrgittern abgeriegelten Treffpunkt der Nazis fanden sich im Lau fe der Zeit 800-1000 Nazis ein. Sie begannen, eingepfercht in ihren Blechkäfig, nach einer Stunde Verspätung mit der vorgezogenen Kundgebung, bei der Nazi-Größen wie Kühnen und Mosler sprachen. Erst nach zwei Stunden Verspätung, um ca. 18Uhr, konnten die Nazis losgehen. Die Nazis hatten Reichskriegsflaggen, Reichsfahnen (schwarz-weiß-rot), Transparente zu Heß, Schilder mit aufgeklebten Heß-Plakaten dabei und grölten die üblichen faschistischen Parolen. Auffallend viele Nazis waren aus der DDR angereist, aber auch Nazis aus anderen europäischen Ländern (Italien, Niederlande und Österreich) und einige NSDAP/AO-Funktionäre aus Kanada befanden sich im Demo-Zug. Karl Polacek, FAP-Funktionär und niedersächsischer Landesvorsitzender aus Mackenrode, lief am Ende des Zuges mit. Interessant zu beobachten war, daß jede Stadt (je-

Fortsetzung von Seite 7

weils 20-50 Gestalten) ihren jeweiligen "Führer" hatte, der die übrigen FaschistInnen kommandierte und sie auch mal, verhielten sie sich mal ganz undeutsch, zurückpfiff. Am Anfang des Zuges liefen die einzelnen Städte und Fraktionen, am Ende eher Einzelpersonen. Der Aufzug wurde durch starke Bullenketten geschützt.

DIE STADT UND DIE NAZIS

Das alljährliche Nazitreiben wird von der Bevölkerung Wunsiedels weitgehend toleriert und von der Stadt eher gefördert, als ernsthaft zu verhindern versucht. Zwar hatte der Landkreis Wunsiedel angestrengt, den Nazi-Aufmarsch zu verhindern,. Dieses Ansinnen muß jedoch als ein reines PR-Unternehmen betrachtet werden. Der formelle Versuch,Nazi-Veranstaltungen zu verbieten, hat bei der derzeitigern Rechtslage lediglich die Funktion, der Öffentlichkeit ein scheinbar antifaschistisches Bekenntnis zu liefern, was sich jeweils auch in den Medien gut verkaufen läßt; das kennen wir auch aus Göttingen.Doch die Stadt Wunsiedel ging noch eien Schritt weiter: Die Nazis bekamen neben einem bewachten Parkplatz auch noch einen Zeltplatz zugewiesen, so daß sie sich schon weit im Vorfeld des Aufmarsches treffen und organisieren konnten.

BILANZ

Es ist uns zwar nicht gelungen, den Aufmarsch zu verhindern. Durch unsere lange Präsenz in der Stadt wäre der Fascho-Aufmarsch jedoch fast noch kurzfristig verboten worden. Das Innenministerium schien ernsthaft über ein Verbot nachzudenken, da die Bullenführung wohl nicht bereit war, die Nazis losgehen zu lassen, solange wir noch in der Stadt waren. Viele haben Wunsiedel wohl mit gemischten Gefühlen verlassen: 4000 GegendemonstrantInnen - das war erstmal ein Erfolg. Andererseits gab es auch viele Verletzte und bis zum Ende der Demo acht Verhaftete.
In Nürnberg wird derzeit eine Dokumentation zu den Vorgängen in Wunsiedel erarbeitet. Sobald sie erscheint, wird sie u.a. im Buchladen Rote Straße in Göttingen erhältlich sein. Selbstverständlich werden wir im Nestbeschmutz noch einmal auf das genaue Erscheinungsdatum verweisen!
Darüberhinaus arbeitet das "Video-Archiv Nürnberg" an einer Video-Dokumentation zu Wunsiedel. Dieses Video wird dann auf alle Fälle im Antifa-Jugend-Cafe im JUZI Bürgerstraße zu se-ee alle Fälle im Antifa-Jugend-Cafe im JUZI Bürgerstraße zu sehen sein. Achtet auf Vorankündigungen!

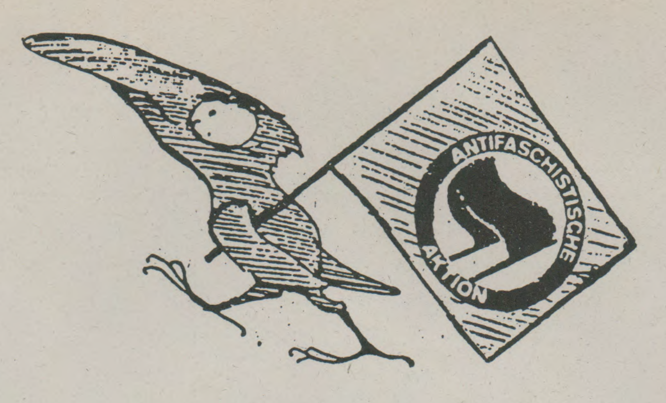


Vom Zeichen zum Symbol

Mittlerweile trägt es Frau und Mann, alt und jung, groß und klein. Das Zeichen "Antifaschistische Aktion".
Es wird wohl nicht mehr lange dauern, bis die Modebranche auch dieses in ihr Modedesignrepertoire einfließen läßt.
Nein, Spaß (?) beiseite.
Das Zeichen ist mittlerweile Symbol für in weitesten Sinne autonome antifaschistische Politik. Es wird vielleicht einige wundern, aber das Zeichen ist nicht erst ein Produkt/Symbol neuerer Zeit. Das Zeichen birgt gar (antifaschistische) politische Geschichte in sich...

VON DER EINHEITSFRONT (AKTION) ZUR ANTIFASCHISTISCHEN AKTION

Nachdem sich mit der Weltwirtschaftskrise 1929 das Erstarken der Faschisten in Deutscchland auch auf parlamentarischer Ebene zeigte, rückte die KPD mehr und mehr von ihrer These des "Sozialfaschismus" ab. Diese These erklärte faktisch die Sozialdemokraten (SPD) zum Hauptfeind, da diese die größere Gefahr darstellten weil sie verdeckt die faschisierung der Gesellschaft vorantreiben wird. Das Erkennen der offenen Faschisten als den eigentlichen Feind (größere Gefahr) trieb die KPD zu dem Entschluß, die revolutionäre ArbeiterInnenschaft (die die KPD ihrem Anspruch nach vertrat) und die ArbeiterInnenschaft, die durch die SPD geführt wurde, zu einer Einheitsfront zusammenzuschließen . Die sozialdemokratisch geführten ArbeiterInnen waren zu der Zeit in der größten freien Gewerkschaft, dem ADGB (Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund) organisiert, der unter maßgeblichen Einfluß der SPD stand. Die Initiative zur Einheitsfront, ausgehend von der KPD, war der Versuch, parteiübergreifend und unabhängig die ArbeiterInnenschaft gegen nationalsozialistische Inhalte als auch gegen Übergriffe der Naziterrorbanden zu organisieren. Hierbei war in ihrer Wirkung vor allem die antifaschistische Praxis zur Abwehr, zum Schutz und zum Angriff beispielsweise gegen SA-Schergen entscheident. In diesem Zusammenhang bestimmten die Menschen Zweier Initiativen maßgeblich den Charakter der antifaschistischen Aktion. Zum einen die "Eiserne Front". Diese schon einige Zeit existierende Initiative der Sozialdemokraten, deren drei "Pfeile" sich gegen Reaktion/Junkertum, Faschisten, aber auch Kommunisten richteten (Totalitarismustheorie) war zur praktischen Gegenwehr auf der Straße ins Leben gerufen worden (initiierte allerdings fast nur martialische Großveranstaltungen, männliche Selbstinszenierungen...). Zum Anderen das "Gegenstück" der revolutionären ArbeiterInnenschaft, der "Rotfrontkämpferbund" (RFB); beide gingen später in der Antifaschistischen Akton auf. Als im April 1932 das SA/SS-Verbot durch die eingesetzte Papen-Regierung aufgehoben wurde, waren dem immer heftigeren Straßenterror der Faschisten keine gesetzlichen Grenzen mehr gesetzt. Im Mai 1932 rief die KPD die "Einheitsfront (Aktion)" aus. Dieser Name entsprach den politischen Überlegungen... Der Erfolg war größer als erwartet. Überall in Deutschland schlossen sich Einheitsfronten zwischen kommunistischen, sozialdemokratischen und unorganisierten ArbeiterInnen zusammen. Anfänglich war ihr Wirkungsbereich eng an die Fabriken und Betriebe geknüpft. Hier wurde für mehr Lohn, bessere Arbeitsbedingungen etc. gestreikt. Je mehr die Faschisten aber nicht nur in den Arbeitsstätten sondern vor allem auf der Straße Terror verbreiteten, desto breiter wurde der Wirkungsbereich der Einheitsfronten. Hierbei ist noch anzumerken, daß der Grad der Auseinandersetzungen zwischen RevolutionärInnen und Faschisten wesentlich höher lag als beispielsweise heute. Bei jeder größeren Auseinandersetzung gab es Schwerverletzte und Tote. Die Einheitsfronten schafften es zum Teil, die Faschisten aus ganzen Stadtteilen gänzlich zu vertreiben. Am 10. Juli 1932 wurden in ganz Deutschland Kundgebungen und Demonstrationen der "Antifaschistischen Aktion" durchgeführt. Auf dem Reichseinheitskongress in Berlin an diesem Tag wurde die "Einheitsfront(Aktion)" endgültig zur Antifaschistischen Aktion erklärt. Der Erfolg und die neue Qualität des Widerstandes der antifaschistischen Einheitsfronten konnte die Machtübertragung auf die Faschisten spätestens am 30. Januar 33 nicht mehr verhindern. Mit der Machtübertragung auf die Faschisten wurde die gesammte revolutionäre Bewegung aufgerollt und letztlich zerschlagen. Zu einer offiziellen Auflösung der "antifaschistischen Aktion" kam es (nach unseren Informationen) nicht.



DAS ZEICHEN
Historisch :
Das Zeichen der beiden wehenden Fahnen im Kreis mit der Aufschrift "Einheitsfront Aktion" wurde 1932 von Max Keilson und Max Gebhard ganz in rot entworfen. Dabei standen die beiden roten Fahnen einerseits für die SPD ArbeiterInnenschaft, andererseits für die der KPD. Die Fahnenstangen stehen senkrecht (ganz leicht nach links geneigt) und der "Wind" bläst von links. Damit war das Zeichen auf den ersten Blick durch Farbe und Symbolik politisch eindeutig einzuordnen. Mit dem Ausrufen der "Antifaschistischen Aktion" wurde lediglich die Aufschrift verändert.
Aktuell:
Im Zusammenhang mit autonomem Antifaschismus ist das Zeichen "Antifaschistische Aktion" in verschiedenen Variationen zum Symbol desselben geworden. Selten taucht das Zeichen noch in historischer Originalität auf. Lediglich die K-Gruppen der 70er Jahre, die das Zeichen, um seine historische Symbolik wissend, im Zuge ihrer antifaschistischen Arbeit wieder als Symbol zu etablieren versuchten, verwandten meist die Originalversion. In der Regel sind die Farben der Fahnen rot und schwarz und der Kreis schwarz mit weißer Aufschrift. Die beiden Farben stehen für die beiden unterschiedlichen historischen Bezüge (komunistisch und/oder anarchistisch) autonomer AntifaschistInnen. Je nach individueller Zuordnung ist entweder die rote oder schwarze Fahne im Vordergrund.
Bewegung:
Einige autonome AntifaschistInnen sind noch weiter gegangen in der Interpretation des Zeichens. Die Bewegung der Fahnen wurde mit einbezogen. Die Fahnen wurden "gespiegelt" und noch mehr "gekippt". Dies bedeutet, daß eine imaginäre Menschengruppe von links nach/gegen rechts stürmt. Gekippt deshalb, damit die Dynamik in der Bewegung des Stürmens deutlich wird.



WIR BRAUCHEN KOHLE

Organisatorisches
Wir planen, das Faltblatt in monatlichen Abständen herauszugeben. Um dieses Vorhaben zu verwirklichen, brauchen wir Informationen über Vorfälle in Göttingen und Umgebung.
Organisatorisches
Wir planen das Nestbeschmutz in monatlichen Abständen herauszubringen. Um dieses Vorhaben zu verwirklichen, brauchen wir Informationen über Vorfälle in Göttingen und Umgebung. Wir bitten alle die von Skinheads und anderen Nazis in irgendeiner Weise angemacht, bedroht oder angeegriffen wurden, uns ein kurzes Gedächtnisprotokoll der Vorfälle zukommen zu lassen. Gleiches gilt für Zusammenstöße mit der Polizei. Die Berichte bitte im Buchladen Rote Straße 10 abgeben.
Um das Nestbeschmutz weiter kontinuierlich herauszugeben, brauchen wir dringend Geld!
SPENDENKONTO:
Sparkasse Göttingen, BLZ 26050110; Kontonummer: 125200675, P. Gertz, Stichwort: Nestbeschmutz